Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 80. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 17. Februar 1862.**

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 15. Febr.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Am Ministertisch der Minister Graf Bernstorff, als Regierungs-Commiss. der geheime Legationsrath Abeken, v. Bernuth, später v. d. Heydt. Die Tribünen sind minder überfüllter als gestern, aber stark besetzt.

Der Präsident publicirt die Zusammensetzung der Commission, welche für den italienischen Antrag, sowie für die beiden in der deutschen Frage eingebrachten Anträge gewählt worden ist. Sie besteht aus den Abgg. Techow, Kriger (Goldapp), v. Rönne (Solingen), Krebs, Simson, v. Rönne (Glogau), Bürgers, Behrend, Strohn, Virchow, Immermann, Dahlmann, v. Carlowitz, Twesten, Schulze (Berlin), Lette, Pannier, Gerlich, Fubel, v. Baerst, von Beughem. Abg. v. Carlowitz ist Vorsitzender, v. Rönne (Solingen) dessen Stellvertreter, Abg. Kriger Schriftführer, Abg. Dahlmann dessen Stellvertreter. (Wir ergänzen bei dieser Gelegenheit, daß der Antrag Albrecht der der Grabow'schen und Bockum-Dolffsschen Fraction ist, der nur in Folge der alphabetischen Reihenfolge der Unterzeichner den Namen des obengenannten Herrn Abgeordneten an der Spitze trägt.)

Von dem Abg. Bresgen (lib.-kath.) ist ein genügend unterstützter Antrag eingereicht, der das Haus auffordert, in einer Resolution die Nothwendigkeit einer auf Schaffung der Centralgewalt und des Parlaments gerichteten deutschen Politik und einer entsprechend liberalen Politik im Innern auszusprechen. Der Ausbau der preuß. Verfassung in ihrem ursprünglichen Geiste und die Reform der demselben widersprechenden Institutionen wird in dem zweiten Theile des Antrags besonders betont. Der Antrag geht ebenfalls an die deutsche Commission.

Der Abg. v. Rönne (Glogau) hat einen den Judeneid betreffenden Antrag eingereicht, der der Justiz-Commission überwiesen wird.

Man geht hierauf in der hessischen Debatte weiter. Der erste Redner (gegen den Commissionsantrag) eingeschrieben ist:

Abg. v. Carlowitz: Meine Stellung in der Rednerliste erklärt sich daraus, daß ich in der Commission ein Amendement dahin gestellt habe, nach den Worten des Commissions-Antrages, welche die Regierung zur Aufbietung aller Mittel auffordern, auch als mögliche Eventualität ein bewaffnetes Einschreiten selbst wider Willen des Bundes anzurathen. Das Amendement ist in der Commission gefallen und ich will dasselbe hier nicht aufnehmen, damit man mir nicht den Vorwurf mache, ich habe in dieser wichtigen Frage den Erisapfel in die Debatte geworfen. Aber die Bedeutung des Ausdrucks, den auch ihre Comm. gebraucht: „alle Mittel zur Wiederherstellung des Rechts in Kurhessen einzusetzen", in diesem Sinne darlegend, möchte ich, daß die preuß. Regierung auch vor den äußersten Consequenzen nicht zurückbeben dürfe. Vor zwei Jahren hat die Regierung ihren Standpunkt in dieser Frage festgestellt und ihn auch, ob mit Energie, lasse ich dahin gestellt, bis jetzt festgehalten. Ist es nun gelungen, die Mehrheit der Bundesregierungen oder die kurfürstliche Regierung für die preußische Ansicht zu gewinnen? Im Gegentheil, die Lage des hessischen Volkes hat sich verschlimmert. Dieser Umstand in Verbindung mit den Noten Oesterreichs und der Würzburger hat Ihre Commission zu einer schärferen Fassung ihres Antrags veranlaßt. Es frägt sich nun, ob der Ausdruck „alle Mittel" sich nur auf die im Bundesrecht gesteckten Grenzen beschränkt oder allein in der Macht Preußens seine Begrenzung findet. Die Mittel können nun folgender Art sein: Erstens: eine verschärfte Drohung. Jedermann sieht ein, daß die nichts fruchten wird. Das zweite wäre: die Abberufung unseres Gesandten aus Kassel. Ich glaube aber, der kasseler Hof würde sich über die Abwesenheit des Hrn. v. Sydow sehr schnell trösten. (Bravo.) Das dritte Mittel ist die Erklärung, daß Preußen für den Fall des Ausbruchs von Unruhen in Hessen der Regierung nicht beistehe und fremde Intervention abhalten werde. Das wäre schon besser, aber es würde nur ein halbes Vertrauen verrathen. Es könnte unter Umständen erfolglos sein, ja in sein Gegentheil umschlagen. Es wären nämlich zwei Fälle möglich. Entweder würde das hessische Volk sich fügen und das Unrecht über sich ergehen lassen, und dann würde Preußens Inactivität dazu beigetragen haben, das Rechtsbewußtsein in Deutschland von Grund aus zu erschüttern und jede Verfassung vom Bundestage abhängig zu machen. Oder das hessische Volk fügte sich nicht, und dies ist nach der gestrigen telegraphischen Mittheilung sehr wahrscheinlich, dann würde die Inactivität Preußens eine Flamme angeschürt haben, die sich bald nach Preußen und durch ganz Deutschland ausbreiten könnte, in einem Augenblicke, wo es ihm leicht gewesen, die Funken zu ersticken. (Bravo.) Das vierte Mittel, welches ich für das geeignete halte, ist das eigene bewaffnete Einschreiten Preußens zur Wiederherstellung des Rechts in Kurhessen, nachdem vorher eine energische Note in Frankfurt und Kassel sich als vergeblich erwiesen. Es kommt nun allerdings darauf an, sich die Consequenzen und das Recht Preußens zu diesem Schritte klar zu machen. Der Abg. Plaßmann hat gestern als oberstes Grundgesetz des Bundes den Frieden unter den deutschen Fürsten betont. Ich wünschte aber, er hätte diesem Grundsatze vor 10 Jahren Geltung verschafft, als Oesterreich und Baiern in Kurhessen eingeschritten. (Heiterkeit. Bravo.)

Der Friede ist eine schöne Sache, aber das Reht steht mir höher, und ein Friede ohne Freiheit und Recht ist nichts als ein stinkender Sumpf voll Unkraut und Molche. (Lebhaftes Bravo von beiden Seiten.) Die Zeit der Interventionen der deutschen Mächte zu Gunsten der hessischen Regierung ist aber vorüber. Die süddeutschen Landesvertretungen, aufgeklärt durch die zehnjährige Mißregierung in Kurhessen, würden ihren Regierungen die Mittel zu einer solchen Intervention versagen. Oesterreich aber, geschwächt in seinen Finanzen, bedrängt durch einen heftigen Racenkampf, bedroht durch auswärtige Feinde, befindet sich auch nicht in der Lage, eine solche Intervention vorzunehmen. Ich gehe indeß noch weiter als der Abg. Virchow; ich meine, die deutschen Mächte würden sich nicht blos scheuen, der Stimme des Volkes sich zu widersetzen, die meisten würden der preußischen Regierung sich anschließen, die einen aus edlem anerkennenswerthem Rechtsgefühl, die andern aus Neid und Mißgunst, besorgt, Preußen nicht als den alleinigen Wiederhersteller des Rechts vor dem ganzen Deutschland gelten zu lassen. Unsere bisherigen moralischen Eroberungen haben wahrlich den deutschen Regierungen noch keine schlaflosen Nächte gemacht. Das bewaffnete Einschreiten in Hessen aber würde einen Alp für die Herren schaffen, der ihnen viel schlaflose Nächte und sehr böse Träume verschaffte. Der erste Siegeszug in der deutschen Frage wird in Hessen gethan werden. Man weise nicht auf die Einmischung des Auslandes hin. Die Zeit ist vorbei, wo, wie vor zehn Jahren, ein Abgeordneter sich entblödete, den Kaiser Nikolaus den Vater auch unseres preußischen Vaterlandes zu nennen. Die auswärtigen Mächte haben andere Sorgen als Kurhessen. Frankreich hat auf seiner Tagesordnung sein wachsendes Deficit, Rußland die Bauern-Emancipation, England die Losung: Krieg oder Baumwolle (Heiterkeit). So lange Preußen allerdings seine Thätigkeit vom Willen des Bundestages abhängig macht und ihn anerkennt, wird es sich freilich majorisiren lassen müssen. Ich halte es auch nicht für den Beruf Preußens, als Don Quixote des Rechts überall in der Welt gerade zu machen, was krumm ist. Dazu fehlt uns die Macht, und haben wir auch bei uns noch zu viel zu thun. (Bravo.) In Kurhessen aber fordert dies unser eigenes Interesse. Hier gilt vor Allem der Satz: Tua res agitur, paries dum proxima ardet, hier gilt es die Bewahrung des monarchischen Princips. Und was die Frage des Rechts betrifft, hat nicht bisher, wenn Unruhen in einem deutschen Staate ausbrachen, ein anderer intervenirt, um sie zu unterdrücken; habe nicht vor zehn Jahren das Einschreiten der Oesterreicher und Baiern eidestreue Männer um ihr verfassungsmäßiges Recht gebracht? Warum sollen wir nicht jetzt einmal den Spieß umkehren können, da das Uebel von oben kommt? Manche werden das Mittel, das ich anrathe, revolutionär nennen; ich nenne es nur Recht. Wenn mich Jemand fragt, wer dem monarchischen Princip mehr Abbruch gethan, ob Hecker oder Hassenpflug, so antworte ich ohne Bedenken: Hassenpflug. Die bewaffnete preußische Intervention ist durch die Ehre Preußens geboten. Ich meine, nachdem die preußische Regierung zehnmal vergeblich die kurhessische auf einen andern Weg zu bringen versucht hat, wäre es Zeit, daß der Herr Minister des Auswärtigen seine Notenmappe endlich geschlossen dem Kriegsminister übergebe mit den Worten: „Ich habe das Meinige gethan, thun Sie jetzt das Ihre." (Bravo — der Minister lächelt und blickt nach der Hofloge, in der inzwischen der Minister v. Schleinitz erschienen ist.) Gegenüber den identischen Noten kann in der That die preußische Regierung nichts Besseres in der deutschen Frage thun, als in der kurhessischen rasch und entschieden zu handeln. (Anhaltendes Bravo.)

Abg. Dr. Frese: Zum drittenmale beschäftige sich das Haus mit dieser Frage, deren Standpunkt im Wesentlichen derselbe geblieben sei. Wenn aber dem hessischen Volke nicht von hier (der Tribüne) und dort (Ministertisch) Hilfe komme, so werde sie ihm niemals kommen. Für Erste wolle er einigen Rednern des vergangenen Tages antworten, deren Behauptungen um so unerklärlicher seien, da ihnen doch gerade in der hessischen Frage eine ganze Literatur zu Gebote stehe, die sie hätten zu Rathe ziehen können. Wer den hessischen Ständen Vorwürfe mache, wer Männer wie Wippermann, Schwarzenberg, Henkel, Oetker, Nebelthau angreifen wolle, müsse selbst erst bessere Verdienste um deutsche Freiheit und Recht haben. (Zustimmung.) Die hessischen Stände hätten schon in der vormärzlichen Zeit genug versucht, dem materiellen Wohl des Volkes abzuhelfen. (Redner verliest, um dies zu beweisen, einige Stellen aus einem Buche seines Freundes Adam Pfaff — auch eines Gehassenpflugten! —, nach welchem die Regierenden in Hessen absichtlich keinen großen Werth auf die materiellen Interessen gelegt hätten, weil etwas Noth sehr gut und heilsam sei, damit das Volk Herrn Jesum erkennen lerne, und Wohlleben gebäre Sünde. Hört! hört! und Beifall links.) Den Bau einer wichtigen Eisenbahn sei fürstlicher Interessen wegen aufgegeben worden. Jeder wisse, wie mit dem Vermögen des Landes allem Widerspruch der Stände zum Trotz gewirthschaftet, dem Lande 1 Mill. Einkünfte entzogen worden sei. Minister Schäffer habe die Stände dadurch zur Bewilligung der Gelder für das reorganisirte Heer überreden wollen, daß er ihnen sagte, sie verletzten durch ihre Weigerung das monarchische Prinzip. (Hört! und Heiterkeit.) Er hoffe, der Abgeordnete, der jene Stände angeklagt, (Plaßmann II.) werde in einem ähnlichen Falle denselben Muth, wie jene Stände zu beweisen wissen. (Bravo links.) Was diese Frage selbst anbetreffe, so sei sie nie eine bloße Rechtsfrage gewesen, sondern sie sei eine Machtfrage, eingehüllt in die Fetzen einer Rechtsfrage; sie sei auch nie eine innere gewesen, sondern stets eine deutsche Verfassungsfrage, eine Frage der preußisch-deutschen Macht. Es habe sich bei der bregenzer Verschwörung um Demüthigung Preußens gehandelt. Oesterreich habe damals seinen Siegeszug bis nach Schleswig-Holstein, in die Heimath des jetzigen Ministers v. Bernstorff ausgedehnt. Möge jetzt die kurhessische Frage für Preußen der Weg nach Schleswig-Holstein werden. — Preußen als ein großer und mächtiger Staat, müsse über die Forderungen Badens hinausgehen; es müsse die Worte des Antrags: „mit allen Mitteln erstreben", zu Wahrheit machen. „Alle Mittel" heiße nicht gleich das letzte.

Noch habe man nicht einmal die einfachsten diplomatischen Mittel angewendet, deren man sich sonst in ähnlichen Fällen bediene. Kurhessen sei hier in Berlin jetzt noch durch einen Gesandten vertreten, der sich als rüstigen Genossen Hassenpflugs gezeigt, den hätte Preußen nicht annehmen dürfen; und Herr v. Sydow, der uns in Kassel vertrete, habe auch dort den Satz zur Wahrheit gemacht, daß man bei unserer Diplomatie fast nur von Mißerfolgen sprechen könne; er habe in 10 Jahren nicht das Geringste durchgesetzt, und müsse durch einen anderen Diplomaten ersetzt werden. Er schlage dazu den Abgeordneten vor, der so eben seine Ansicht so kräftig verfochten, v. Carlowitz (große Heiterkeit), dessen Auftreten, wenn Preußen zugleich an der hessischen Grenze eine genügende Truppen-Abtheilung zusammenziehe und erkläre, daß diesesmal nicht das Land, sondern der Kurfürst die Kriegskosten zu tragen habe, werde gewiß einen starken Eindruck machen. (Große Heiterkeit.) Man sagt nun, im Falle eines Vorgehens reize man den Widerstand und müsse den Ausgang des Krieges dem Zufall überlassen. Das sei richtig. Man müsse weiter gehen. Zumal seit die Noten vom 2ten Februar die ganze Sachlage verändert hätten. Ihr erster Eindruck im Lande sei wichtiger als das, was man vielleicht später aus ihr machen werde; sie habe allgemein die Ansicht hervorgerufen, man drohe uns mit einem zweiten Olmütz. Deshalb sei es Pflicht Preußens, sich bei Zeiten zu rüsten, und Pflicht des Hauses, die Regierung zu dieser Rüstung aufzufordern. Irgend welche freundschaftliche Bedenken könnten wir gerade in Preußen doch wohl nicht gut haben. — Habe nicht Oesterreich 1815 unser Gebiet zerrissen, statt dazu beizutragen, uns zu consolidiren? Habe nicht noch 1859 der Kaiser von Oesterreich in seinem laxenburger Manifest dem preußischen Monarchen eine Unwahrheit ins Gesicht geschleudert, die bis jetzt noch nicht zurückgenommen sei? Der Preußenhaß in Oesterreich sei ganz der alte; man betrachtet Preußen noch immer als einen Parvenn. (Widerspruch bei den Katholiken.) Der Minister Graf Bernstorff werde ihm das, trotz dieses Widerspruchs, bescheinigen können. Dieser Preußenhaß sei verkörpert in dem verbissenen Minister des Auswärtigen, Grafen Rechberg. Oesterreich, das noch an den Wunden des Concordats blute (lebhafter Widerspruch bei den Katholiken; Bravo links) spürte neue Triumphe in Deutschland aus. Minister Beust wage es sogar, an die Zeit zu erinnern, wo Oesterreich „Herr in Deutschland" gewesen. Dem gegenüber habe das Ministerium die Pflicht, schnell und energisch zu antworten, und zwar: 1) in Turin mit der Anerkennung Italiens, 2) in Frankfurt mit dem Austritt aus dem Bundestage, und 3) in Kassel. Es müsse die Sache Kurhessens selbst in die Hand nehmen. Gerade die hessische Angelegenheit biete die Gelegenheit zur Gründung eines engeren deutschen Bundes; Niemand werde glauben, daß man in Deutschland ohne jeden Conflict mit Oesterreich vorwärts kommen könne; deshalb müßten wir den Kampf auf dem für uns günstigsten Terrain organisiren, und das sei Kurhessen, denn da träfe die Freiheit Deutschlands mit dem Interesse der preußischen Macht zusammen. Fast möchte man sagen, das Schicksal habe gerade diese Frage für Preußen offen gehalten, damit wir in ihr vorgehen könnten. (Heiterkeit.) Nun sei von formellem Recht gesprochen. Ja, nur ein harmloses Gemüth könne annehmen, daß wir in Deutschland ohne jeden Conflict mit dem formellen Recht vorwärts können. In dem Gedanken, das Bundesrecht zu brechen, liege aber keine Gefahr, denn das sei schon verletzt, sei gebrochen, durch die Bregenzer, denen wir gegenüber ständen, wie Richter dem Verbrecher, dessen einziges Recht die Strafe sei. Das Recht, vom Bundesrecht zu sprechen, hätten jene verwirkt. Einen Zauber aber gebe es gegen jede Gefahr — der sei, daß gerade der hessische Boden für uns zum Kampfplatz werde, der Boden, auf welchem wir angethan seien mit dem Harnisch des deutschen Rechtes. Von Preußen werde es dann nicht nur heißen: viros acquirit eundo, sondern auch viros acquirit, denn alle Männer Deutschlands werde es in einem solchen Vorwärtsschreiten für sich gewinnen.

Ein letzter Punkt, weshalb er ein Vorgehen der Regierung mit aller Energie wolle, sei die Rücksicht auf die inneren Fragen, die Hoffnung auf eine segensreiche Rückwirkung eines energischen Vorgehens auf unser Land. Wir befinden uns in einer Zeit der Stagnation; es fehlt uns der Aufschwung. Man theorisirt, man legitimisirt, man betont das Recht der Krone, während Niemand im Lande es in Abrede stellt; man spricht von einem angetasteten Recht des Kriegsherrn, während wir doch die Militärfrage nur als eine finanzielle, materielle, constitutionelle betrachten und das Recht des Kriegsherrn stärken und vermehren möchten, indem wir ihn zum Kriegsherrn in Deutschland machen (Bravo links). Je mehr jene Partei, die diese Begriffsverwirrung hervorruft, im Lande Anhänger verliert, desto mehr möchte sie am Hofe gewinnen. Die jetzt herrschende Schwüle läßt sich nur durch eine befreiende That beseitigen. In der kurhessischen Frage herrscht eine seltene Einigkeit aller Parteien, aller Klassen der Bevölkerung; jeder brave Offizier fühlt dasselbe, wie jeder gutmüthige Abgeordnete. Namentlich über die Schwierigkeiten in der Militärfrage werden wir am besten — im Frieden — zum Wohle des Volkes und der Krone hinwegkommen, wenn die Regierung eine Politik verfolgt, wie wir sie wünschen, zu der sie doch keinen Mann mehr nöthig hat, und wenn sie im Verfolg dieser Politik erkennt, daß Preußen mächtig sich stellen kann in Deutschland, ohne sein Volk zu belasten, und daß es mit einer deutschen Politik zu gleicher Zeit die Mittel sich erwirbt, welche ihm nöthig sind, um die Stellung in Deutschland zu behaupten.

Meine Herren! So wahr den Herren Ministern die Erfüllung des Friedens am Herzen liegt, so dringend schiebe ich es ihnen ins Gewissen, das Votum des Hauses in der hessischen Sache kein müßiges sein zu lassen, sondern ihm Kraft und Form zu geben! (Lebhaftes Bravo.)

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Bernstorff: Der Herr Vorredner hat auf Schleswig-Holstein als auf meine Heimath hingewiesen. Ich bin weder dort geboren, noch erzogen; ich bin nur Preuße, und will nichts Anderes sein. (Bravo rechts.)

Abg. Kerst (die Bänke des Hauses sind meist leer, und die Unruhe macht das Verstehen des Redners sehr schwer) constatirt, daß die Regierung sich nicht unumwunden dem Commissions-Antrage angeschlossen habe, und spricht die Hoffnung aus, daß sie wenigstens den im Reichenspergerschen Antrage ausgesprochenen Standpunkt nicht einnehme. Der Redner verzichtet auf ein nochmaliges Eingehen darauf, ob die hessische Frage eine Rechtsfrage oder eine rein politische sei, sowie auf eine Inbetrachtnahme der von den Abg. Reichensperger und Plaßmann aufgestellten Deductionen und fährt dann fort: Ein Punkt aber, der noch nicht berührt ist und mir der wichtigste scheint, das ist der Eid, den der jetzt regierende Kurfürst auf die Verfassung von 1831 geschworen hat. Wer hat Oesterreich und den Würzbürgern die Befugniß ertheilt, geschworene Eide aufzulösen! Dann aber muß ich bekennen, nach meiner bürgerlichen Ansicht ist, wer so den geschworenen Eid verletzt, wer es auch sei, ein Eidbrüchiger und ein Meineidiger. Das kurhessische Volk folgt vertrauensvoll dem preußischen Volk und seiner Regierung, aber gegen jede Gefahr, welche von dort kommen sollte, weiß sich der Kurfürst gesichert unter österreichischem Schutz. Denn das wird durch die Geschichte bewiesen, daß deutsche Fürsten gegen das Streben der Völker nach nationalem Recht und nationaler Macht immer Schutz gesucht haben bei fremden Fürsten. Oesterreich hat daher hier wieder ein Mittel, sein Streben, Deutschland in Abhängigkeit von sich zu bringen, zu verfolgen. Und was setzt Preußen dem gegenüber? Widerspruch in seiner innern Verwaltung und Schwanken seiner äußern Politik schon seit Jahren. Kein Wunder daher, wenn, namentlich nach Olmütz, der Glaube an Deutschland, an Preußens Macht völlig sank, und doch faßte man wieder Muth, als mit der neuen Aera die Möglichkeit hervortrat, daß Preußens deutscher Beruf in preußischen Thaten, durch das preußische Heer ausgeführt, sich wieder erfüllen könnte. Oesterreich dagegen und die Würzburger verachten Preußen, muthen ihm die Rückkehr nach Olmütz zu in dem Augenblick, wo die kurhessische Frage im preußischen Abgeordnetenhause zur Verhandlung kommen soll, wo hessische Steuerexecutoren in Hanau umherziehen. Um so mehr ist daher der noch immer andauernde Mangel an einheitlichen Gedanken in preußischen Regierungskreisen zu bedauern, daß es immer nur noch Ressortminister giebt, und hinter diesen noch andere Personen von Einfluß stehen. Die Continuität mit Olmütz repräsentirt sich ja im Ministerium selbst; der Herr Handelsminister ist ja College des Mannes gewesen, der damals dem Ministerium präsidirte, und die alte reactionäre Verwaltungsmaschine arbeitet fort u. s. w. (Redner wird hier vom Präsidenten zur Sache gerufen.) Ich kann dem Ministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung kein volles Vertrauen zuwenden. Der Minister des Auswärtigen hat angekündigt, daß die kurhessische Frage wieder schwebe, aber leider schwebt sie schon seit 10 Jahren, und wir werden, glaube ich, das Ende der kurhessischen Frage nicht erleben. Von den Mitteln, wie sie bisher angewendet sind, verspreche ich mir nur geringe Wirkung. Offen muß es vielmehr ausgesprochen werden, daß die hessische Frage nur durch das preußische Schwerdt zu lösen ist. Ich habe keinen hierauf gerichteten Antrag gestellt, aber verpflichtet hielt ich mich dem Lande gegenüber, meine Meinung auszusprechen. Die preußische Geschichte giebt uns die Lehre, daß Preußen nur durch rasches Zuschlagen in seiner Machtentfaltung vorwärts gekommen ist, und wie wir gewachsen sind, müssen wir weiter vorwärts. Soll es nur gestattet sein, für das Unrecht die Waffen zu erheben, wie einst bei dem Eindringen der Oesterreicher und Baiern in Hessen, und nicht auch für das Recht? Schon während die jetzigen Debatten vorbereitet wurden, nach Uebergabe der jüngsten würzburger Noten und vor der hanauer Execution hätte man preußische Regimenter nach Hessen schicken müssen. Das und die Anerkennung Italiens wären die allein richtige Beantwortung der Noten gewesen. Allerwärts ringen die Nationen jetzt nach Selbständigkeit, und die deutsche kann hier nur dann errungen werden, wenn seine eine Hälfte, Preußen, sich mit der andern vereinigt. Mag dann Oesterreich seine eigenen Bahnen wandeln. Zeigt sich aber Preußen unfähig, unterwirft es sich, wie ich fürchte, Oesterreich ohne Schwerdtschlag, dann versinkt es unwiderruflich in Verachtung. Daß dies nicht geschieht, dazu bedarf es Männer für unsere Leitung von dem Charakter Steins.

Abg. Dr. Lüning (sehr unverständlich) richtet sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Plaßmann, und knüpft dann an das Wort Pfordtens an, daß in der hessischen Sache die deutsche verhandelt werde, dem er beistimmt. Das Völkerrecht gestatte wohl bei den Zuständen einer Enclave ein Wort mitzureden. Es sei aber nicht so kriegerisch gestimmt, daß er den Hrn. Kriegsminister ersuchen möchte, dem hessischen Volke mit einer Mobilmachung zu Hilfe zu kommen, und wenn Jemand etwa geglaubt habe, in solchen Maßregeln den Schlüssel zum Herzen der Abgeordneten zu finden, so habe dieser sich sicherlich, wenigstens in ihm (Redner) und seinen Freunden getäuscht. Man habe mit Freuden vernommen, daß der Hr. Minister seinen Diplomaten aufgegeben, deutsch zu schreiben; er (Redner) würde sich mehr freuen, wenn der Hr. Minister den geeigneten Mann nach Kassel schicke und ihm auftrage, dort auch einmal deutsch zu reden. Er warne, so schließt er, daß Angesichts der jetzigen Politik es nicht einst hieße: Ich habe gewünscht, den Nachfolger des Frhrn. v. Schleinitz auf den Trümmern der Politik der freien Hand zu sehen; jetzt wünsch' ich's nicht mehr (Lebhaftes Bravo).

Abg. v. Mallinckrodt spricht zuerst den Wunsch aus, daß die Redner, welche sich gegen den Kommissions-Antrag haben einschreiten lassen, auch wirklich dagegen sprechen und stimmen, aber nicht erklären möchten, daß sie mit voller Seele dem Antrag beistimmten (Schwacher Beifall.) Seit drei Jahren werde über die hessische Frage gesprochen und gegenwärtig wieder seit 2 Tagen. Er werde in eine ausführliche Beweisführung nicht eintreten, aber auch nicht in eine Sprache verfallen, die, wie heute geschehen, ohne Unterbrechung durch den Präsidenten deutsche Fürsten und Beamte mit Verbrechern vergleiche.

(Präsident v. Bockum-Dolffs, der inzwischen den Vorsitz übernommen: er bitte den Redner, seine Ausdrücke zu wählen). Einen treuern Diener als unsern Gesandten in Kassel habe der König nicht, und er hoffe, daß der Minister seine Beamten in Schutz nehmen werde. Er unterscheide drei Perioden in den letzten 50 Jahren der hessischen Geschichte; die Zeit bis zur Verfassung von 1831, die Zeit während ihrer Wirksamkeit und die Zeit seit 1850. In der ersten Periode sei die Verfassung erwachsen, welche der Regierung die Hand binde, wie keine andere in Deutschland. Daran trage der damalige Landesherr die Schuld. Die Periode während der Verfassung zeige ein unerquickliches Bild, die Regierung sah sich genöthigt, sich entweder den Ständen auf Gnade oder Ungnade zu ergeben, den Ständen, welche unter dem Präsidium eines Mannes tagten, der als Idial einer Verfassung die sociale Republik hinstellte; oder aber das Land einer vollständigen Anarchie zu überlassen, oder auswärts Hilfe zu suchen. Wenn der deutsche Bund damals in Hessen intervenirte, um die Staatsmaschine wieder in Betrieb zu setzen, so war das sein Recht. Er mache der hessischen Regierung weiter zum Vorwurf, daß sie zur Einigung habe günstige Zeiten vorübergehen lassen. Wenn jetzt die Ordnung in Hessen nicht wieder hergestellt werden könne, so trügen daran die Denkschrift der badischen Regierung und die aus dem Hause hervorgegangenen Anträge die Schuld. (Widerspruch). Darunter leide nur das hessische Volk, und es werde eine Aenderung nicht eintreten, so lange die hessische mit der deutschen Frage verbunden werde; das hessische Volk werde so lange nur als Prügeljunge figuriren. (Widerspruch.) In Italien werde das klarste Recht in einer so unerhörten Weise mit Füßen getreten, wie in keinem andern Staate Europa's. (Lebhafter Widerspruch). Dieselben Herren, die für das hessische Volk eintreten, sie ergriffen jede Gelegenheit mit Jubel, um denen Beifall zuzurufen, die das Recht in Italien mit Füßen träten. Es werde behauptet, die hessische sei die deutsche Frage, und es frage sich nur, was man unter der deutschen Frage verstehe, ihm wolle es erscheinen, als ob die liberale Partei kaum etwas Anderes denke, als die Wiedererweckung des gothaer Gedankens, als Revanche für Olmütz; sie sei bestrebt den Bundestag in jeder Weise zu diskreditiren und in jeder nützlichen Thätigkeit (Heiterkeit) zu hemmen. Die Politik des National-Vereins, das sei die Politik, die nicht auf dem Boden rechtlich bestehender historischer Verhältnisse, sich die Befriedigung eines wohlberechtigten Nationalgefühls zur Aufgabe gestellt, sondern die Politik, welche mit dem Nationalitätsschwindel Geschäfte macht. (Lebhafter Widerspruch.) Die Mitglieder dieser Partei seien Männer in etwas milderen Farben, wie Cavour und Garibaldi. Er (Redner) wolle Deutschland nicht einem inneren Kriege und dadurch den beutelustigen Nachbarn entgegenführen; er wolle nicht demokratische Tyrannei und demokratisches Elend, und das sei der nothwendige Erfolg der Bestrebungen jener Partei. Er wünsche gleichwohl die hessische

Frage zum Austrag gebracht zu sehen, und zwar durch den Reichensperger'schen Antrag. Der Herr Minister habe erklärt, daß die Regierung noch auf demselben Standpunkt stehe, und was solle nun der Antrag, daß die Regierung mit allen Mitteln dahin wirken solle; er verweise in dieser Beziehung auf eine Aeußerung des Ministers v. Schleinitz: Wollen wir die Verfassung von 1831 mit Gewalt wieder herstellen, begehen wir dasselbe Unrecht, welches wir dem Bundestag zur Last legen — — — wir würden uns selbst dadurch eines sehr frevelhaften Eingriffs schuldig machen ꝛc. Die scheine ihm doch entfernt genug von den Hoffnungen zu liegen, die man an die Resolution knüpfe. (Bravo von der katholischen Partei).

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Bernstorff: Der Vorredner hat auf die persönlichen Ausfälle gegen deutsche Fürsten und Beamte hingewiesen. Ich kann im Namen der königl. Staatsregierung erklären, daß sie solche Ausdrücke sehr bedauert und jede Solidarität dafür ablehnt. Was Herrn v. Sydow betrifft, so würde ich ihn auch ohne Aufforderung des Redners geschützt haben. Herr v. Sydow gehört zu den treuesten Dienern des Königs, er ist auch nicht bei irgend einer Partei im Lande accreditirt, sondern bei der kurfürstlichen Regierung.

Abg. Schulze (Berlin): Die staatsrechtliche Bedeutung der kurhessischen Angelegenheit noch zu erörtern, ist überflüssig. Von der Regierung erwarte ich, daß sie den einzig möglichen Standpunkt in dieser Frage einnehme, welcher zu einer gedeihlichen Lösung des Conflicts zu führen im Stande ist, den Standpunkt einer entschiedenen Haltung eines raschen entschlossenen Vorgehens. Man thut sehr Unrecht, wenn man die Catastrophe von 1850 als eine vereinzelte Thatsache betrachtet und sie der freien Entschließung der damaligen preußischen Staatsmännern zuschreibt. Diese Catastrophe war vielmehr nur die nothwendige Folge ihrer ganzen Politik. Olmütz war die einfache Consequenz ihres politischen Systems. Wenn die Regierung in Zwiespalt mit den berechtigten Forderungen des eignen Volkes gerathen war und ihre ganze Macht zur Niederhaltung derselben verwandt hat, wie konnte sie ihre Macht zu einer Action nach außen verwenden. Zu einem solchen Kampf gehört bekanntlich die ganze begeisterte Hingebung des Volkes und Mißtrauen gegen das Volk war ja die Losung jener Regierung; eine bedeutende Wendung zum Bessern war, eingetreten, es war viel geschehen, was die innern Rechtszustände betrifft, aber seit einiger Zeit ist unleugbar ein bedenklicher Stillstand wenigstens ein Schwanken eingetreten, welches das bereits Erkämpfte wieder in Frage stellt. Wenn man sich nicht entschließt, endlich mit den Traditionen der Reactionszeit gänzlich zu brechen, so wird man auch nicht im Stande sein, jene nothwendige Einheit herzustellen zwischen Regierung und Volk, die allein ein Auftreten nach außen wirksam macht. In dem Augenblick, wo sich die Regierung entschließt, vollständig mit Olmütz zu brechen, den politischen Bann in unserem eigenen Lande zu lösen, dann wird sie in Hessen die rechte Position gewinnen, dann wird die Coalition der Würzburger vernichtet sein (Bravo). So lange Preußen noch in seinem Schwanken verharrt, ist es noch nicht sehr weit von Olmütz entfernt. (Bravo.)

Der Abg. Reichensperger hat gestern Aeußerungen gemacht, bei denen ich überrascht war, immer seine Prämissen als richtig und seine Folgerungen als falsch zu erkennen und umgekehrt. (Heiterkeit). So schildert er uns z. B. die gefährliche Lage Europa's und räth uns mit Rücksicht darauf festzuhalten am Bundestage, während gerade das deutsche Volk im Hinblick auf jene gefährliche Lage ein festeres Band der Einigung als den im Innern und nach außen machtlosen Bundestag erstrebt. Derselbe Abgeordnete hat dem Commissionsantrage vorgeworfen, daß er an die Leidenschaften des hessischen Volkes appellire. Ich glaube, daß wir im Gegentheil weit davon entfernt sind, daß vielmehl die kurfürstliche Regierung in diesem Augenblicke die Leidenschaften stachelt, indem sie in Hanau mit Brecheisen sich an die Geldschränke der Steuerzahlenden wendet, was freilich ein sehr unbequemes Mittel sein mag, sich des unbequeme Steuerbewilligungsrechts der Stände zu entledigen. Bedenklicher erscheint die von den Abgeordneten des Centrums behauptete Identität ihres Standpunktes mit dem der Regierung, und glaube ich wohl, daß hier die Regierung besondere Veranlassung hätte, sich dagegen zu verwahren. „Gott behüte die Regierung vor solchen Freunden." (Bravo. Anhaltende Heiterkeit). Daß der Hr. Abgeordnete der Rechten (Graf Bethusy Huc) gegen das von uns vorgeschlagene Vorgehen in Kurhessen ist, um nicht die Einigung mit Oesterreich unmöglich zu machen, überrascht mich nicht. Seit der Begründung des deutschen Staatenbundes ist eine Concurrenz zwischen den beiden Großmächten eingetreten, die keine andere Einigung möglich macht, ohne Preußen zum Vasall Oesterreichs herabzudrücken und zum Kriege für die habsburgische Hauspolitik zu zwingen. Nun, wir wissen ja, Oesterreich gilt den Herren als der Hort der conservativen Interessen, und sie gönnten unserem Vaterlande wohl eine Verfassung nach österreichischem Zuschnitt, eine Verfassung aus der Metternich'schen Schule. Gott behüte unser Vaterland, daß diese Partei nicht in dem Augenblick die Ruder des Staates in Händen hält, wo es sich um die entscheidende Lösung der wichtigsten Fragen für Deutschland und Preußen handeln wird. (Lebhaftes Bravo). Hr. v. Mallinckrodt hat endlich auf die socialistischen und revolutionären Umtriebe hingewiesen; ich hätte aber doch geglaubt, daß er besser gethan, dieses abgenutzte und fadenscheinige Werkzeug der Reaction in der alten Rumpelkammer der Enthüllungen zu lassen, um nicht seine sonst so scharfsinnigen Auseinandersetzunge zu verdunkeln. (Lebhaftes Bravo, Heiterkeit). Er hat ferner die Hessen die Prügelknaben der deutschen Sache genannt, und er hat Recht. Ja, die Hessen sind die Prügelknaben des deutschen Volkes und wollen es sein für den Rechtssinn des deutschen Volkes. In diesem wackern Volksstamme concentrirt sich der alte germanische Rechtssinn, und die braven Hessen mit ihrem zähen Festhalten am Recht können wohl mit Recht den Namen Märtyrer in Anspruch nehmen, der bei der Partei des Hrn. Abgeordneten gäng und gäbe ist. Der Abg. hat weiter auf die Zustände in Italien hingewiesen; ich glaube nun, daß gerade die Herren, wenn sie von einer Versumpfung in diesem Lande sprechen, wohl sehr gut wissen, wer zur geistigen Versumpfung dort beigetragen hat. (Bravo.) Ich wünsche nur, daß unser Volk aus der Versumpfung unserer öffentlichen Zustände sich eben so feurig und kühn aufraffen möge, da der gesunde Sinn des deutschen Volkes sich von jener geistigen Versumpfung freizuhalten gewußt hat. Der Abg. v. Mallinckrodt hat nun endlich die alten Vorwürfe von Demokratie und Socialismus wieder hervorgeholt; ich frage nunmehr, wer hat wohl auf dem Gebiet der socialen Frage mehr geleistet als die deutsche Demokratie? Wer hat die alten Gefahren des Socialismus durch energische Thätigkeit auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete mehr zu beseitigen, wer den gefährlichen Zwiespalt zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben gewußt? (Lebhaftes Bravo links.) Die Thatsache steht fest, daß die Anhänger der alten Demokratie, die in diesem Hause sitzen, von den besitzenden Klassen nach dem Dreiklassen-System gewählt worden sind. Die besitzenden Klassen haben begriffen, daß die Aufgabe, welche sich die deutsche Demokratie gestellt, dahin geht, auf die Bildung und den Wohlstand des Volkes zu wirken; denn darauf nur beruhte die Verwirklichung der demokratischen Aufgabe. (Bravo.) Zum Schluß aber bemerke ich noch: was hat die braven Hessen im Kampf gehalten? Das Bewußtsein, daß sie eine deutsche Sache vertreten. Nur in Deutschland ist das Schauspiel möglich, das uns in jenem Lande geboten: auf der einen Seite die jämmerlichste Kläglichkeit der öffentlichen Rechtszustände, auf der andern ein edles deutsches, durch wiederholtes Unrecht in seinem Rechtssinn nur gestähltes Volk. Die höchste Besonnenheit und eine energische Wahrung des Rechtsstandpunktes erheben die hessische Sache auch in sittlicher Hinsicht zu einer deutschen Sache (lebhaftes Bravo); aber die hessische Sache ist auch eine preußische Sache: in Kurhessen ist Preußen niedergeworfen worden, in Kurhessen muß es sich wieder erheben. Ich stimme für den Commissionsantrag. (Stürmisches Bravo von allen Seiten.)

Abg. v. Gottberg: Es sei keine leichte Aufgabe nach einem Redner, wie der so eben abgetretene, das Wort zu ergreifen, der zumal die Majorität des Hauses für sich habe, während er seinerseits nicht auf diesem Standpunkt stehe. Dessenungeachtet nehme er den Kampf auf. Es sei zuletzt viel von den Thaten und Zielen der Demokratie gesprochen, und Redner wolle den Verdiensten derselben um das sociale Element nicht zu nahe treten, aber er müsse es trotzdem aussprechen, die Demokratie untergrabe das Prinzip, worauf Preußen allein bestehen könne, sie untergrabe insbesondere das monarchische Prinzip, das Ansehen der Fürsten und insbesondere das unserer Fürsten. (Allgemeiner und lauter Ausbruch der Entrüstung. Rufe: Raus! Raus!)

Der Präsident erklärt, keine Veranlassung zu haben, den Redner zu unterbrechen, der nur seine Ansicht geäußert habe. (Große Unruhe.)

Abg. Prince-Smith: Man hat uns ein Verbrechen vorgeworfen. Ein anderer Abgeordneter: Dies kann nicht ungerügt bleiben.

Der Präsident fordert den Redner auf, fortzufahren.

v. Gottberg wendet sich weiter in einer langen Reihe von Bemerkungen gegen einzelne Vorredner, welche die Regierung nicht unterstützt hätten. Man könne den Frieden in Deutschland nicht herbeiführen, die hessische Frage nicht friedlich beilegen, wenn man beständig auf das Jahr 1850 zurückgehe, wenn man jene Zeit discreditire. Oesterreich stehe nicht auf so schwachen Füßen; ein bewaffnetes Einschreiten in Hessen würde allerdings den feindlichen Widerspruch Frankreichs hervorrufen, England würde, ohne sich viel um die Rechtsfrage zu kümmern, beim ersten Kanonenschuß Partei uehmen, wie es seine Baumwollenpolitik verlange. Dann spricht der Redner gegen den Abg. Dr. Freese, den er nicht nach Kassel als Gesandten an Stelle des von ihm reprobirten schicken würde. Den Frieden von Villafranca billige auch er nicht, sowie die damals befolgte preußische Politik. Preußen hätte vielmehr mit einem alten Freunde gehen müssen, wenn er und seine Partei auch nicht überall das Zusammengehen mit Oesterreich befürworte. Wenu der Abg. für Berlin (Schultze) das alte Rüstzeug gegen die Demokratie nicht mehr wünsche, so möchte man doch auch ablassen von den alten Invectiven gegen seine Partei, nicht mehr rühren in den alten Wunden, dieselben mit Stillschweigen übergehen. (Bravo im Centrum.) Die rechtswidrige Reaction (Twesten) sei auch gar nicht vom ersten Wehen einer neuen Zeit fortgeblasen (Twesten), sondern seines Wissens sei der Ministerpräsident v. Manteuffel von Sr. Maj. dem Könige kraft seines constitutionellen Rechtes entlassen. (Große Heiterkeit.) Ein Zurückgehen auf die Zeit vor der Reaction, das Jahr 1848 gereiche noch viel weniger zur Ehre; berliner Bürger hätten den Min. v. Manteuffel bekomplimentirt u. s. w. Ein Abg. von Berlin (die für Berlin hätten sich überhaupt sehr vorgethan) hätte die wunderschönen Zustände in Hessen während des Jahres 1848 und 1849 gerühmt, er erinnere dagegen an die hanauer Turner und die von ihnen in Frankfurt verübten Unruhen. Auf Baden übergehend, wolle er, seinem Prinzip getreu, auf dessen Regierung keinen Stein werfen, aber Preußen, ein großer Staat, dürfe Baden nicht folgen, das durch preußische Waffen im Jahre 1849 gerettet sei, das umgekehrte müsse stattfinden. Zur Sache sich wendend, vertheidige er nicht die hessischen Zustände und die hessische Fürstenfamilie, vielmehr in dem Bewußtsein, was er an dem preuß. Herrscherhause habe, bedaure er diejenigen, die ein gleiches Bewußtsein nicht haben könnten. Aber der Kurfürst sei gleichwohl nicht willkürlich verfahren, habe den Bundesbeschluß ausführen müssen. Aber auch die Ständeversammlung hätte zu ordentlichen Zuständen gelangen können, mit jener zurückgewiesenen Verf., da es auf die Verf. gar nicht so ankomme und wenn auch heute die Verf. von 1831 wiederhergestellt würde, wäre es sehr zweifelhaft, ob ruhige Zustände und das Wohl des Volkes wiederkehrten. Um den Streit beizulegen, müsse man eine vermittelnde Stellung einnehmen. Der Commissionsantrag sei ein Compromiß zweier Parteien, von denen die eine die Reg. stützen, die andre zum Fortschreiten treiben wolle. Der Standpunkt der ersteren sei der des Vertrauens und ein harmloser; die Entschiedenen hätten auch hier, wie immer den Sieg davon getragen und die Anderen ins Schlepptau genommen. Man treibe die Reg. deshalb weiter und dies sei kein Vertrauen mehr, namentlich, wenn man dadurch die Verlegenheit der Reg. nur vermehre. Seine Partei werde deshalb dem Ministerium ein solches Vertrauensvotum nicht geben. Ueberdies hätten nach seiner Erfahrung solche parlamentarische Erklärungen keine Wirksamkeit und könnten also nur das Ansehen einer so großen Volksvertretung wie der preußischen untergraben (Oh! Oh!). Die Reg. dürfe auf dem durch den Antrag angedeuteten Weg nicht folgen, denn derselbe führe zum Krieg, und was dies bedeute, wisse er aus eigener Erfahrung vom dänischen Kriege her und der Blokade der Ostseeufer. Aber die kurhessische Frage sei überhaupt nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, die deutsche Frage auf eine nicht zu rechtfertigende Bahn zu bringen, Preußen durch das Volk an die Spitze Deutschlands gelangen zu lassen, ihm eine sardinische Politik aufzudringen. Und dabei wolle die Actionspartei nicht einmal die dazu nöthigen Mittel gewähren (Heiterkeit). Der Redner endet mit einer Gegenüberstellung des demokratischen Königthums und desjenigen von Gottes Gnaden und wünscht (indem er auf irgend einen entthronten Fürsten Bezug nimmt, (Louis Philipp?) daß die Hohenzollern nicht das Schwert mit dem Regenschirm vertauschen mögen (große Heiterkeit). Eine kräftige Politik sei nöthig für das Recht der Völker wie der Regierungen, im Einvernehmen mit den Bundesstaaten, nicht durch das Volk. Deshalb stimme er gegen den Antrag.

Präsident Grabow erklärt, er habe aus einer Bemerkung des Abg. v. Mallinckrodt Anlaß genommen, im stenographischen Bureau die Rede des Abg. Dr. Frese nachzulesen, habe aber darin nichts gefunden, was irgendwie den Wunsch des Abg. v. Mallinckrodt gerechtfertigt hätte, nämlich ein Zeichen der Mißbilligung des Präsidiums. — Ein Schlußantrag ist eingegangen; als Redner sind noch verzeichnet die Abg. Ziegert, Meibauer, Immermann für den Antrag; über den Antrag Graf Cieszkowski. Der Schluß wird angenommen. Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Zuerst rechtfertigt sich der Abg. Dr. Frese gegen die Entgegnung, die er seitens des Hrn. Ministers erfahren. Er (Redner) gehöre nicht zu denen, welche bei einem aus Holstein nach Preußen Gekommenen von „hergelaufenen dänischen Grafen" sprächen; er habe keine Absicht gehabt, etwas den Hrn. Minister Verletzendes zu sagen, und wenn dieser seinen preußischen Patriotismus hervorgehoben, so könne er (Redner) das nur aufs Beste acceptiren.

Abg. Hr. Bethusy-Huc berichtigt, er habe nicht ein Bündniß mit Oesterreich als opportun hingestellt; er habe es nur als nicht undenkbar bezeichnet. Wenn man ihm einen historischen Fehler in dem Citate vom Montmartre vorgeworfen, so habe er Montmartre nur als Schlußresultat der leipziger Schlacht aufgefaßt, bei der bekanntlich „Oesterreich in einiger Ferne gesehen worden sein soll." Wenn man ihm Sonderinteressen vorgeworfen, so müsse er vorerst doch sich entschieden dagegen verwahren, als könne er solche je anders, als auf preußischem Wege und als preußische Sonderinteressen verfolgen.

Abg. Schulze (Berlin): Einige Aeußerungen von ihm hätten eine Entgegnung erfahren, für welche mehrseitig der Ordnungsruf verlangt worden sei. Er im Gegentheil wünsche, daß das Präsidium in dieser Beziehung volle Freiheit lasse, denn nichts nütze der von ihm vertheidigten Sache mehr, als solche Deduktionen gegen die Demokratie. (Bravo).

Abg. Gr. Cieszkowski: Da ihm das Wort nicht mehr gegeben worden, so wolle er auf dem Wege persönlicher Bemerkung seinen uud seiner Freunde Entschluß kundthun, sich in der vorliegenden Frage der Abstimmung zu enthalten, wie sie das auch schon früher bei dergleichen Debatten gethan hätten. Aber auch alle Verdächtigungen dieses Schrittes müsse er zurückweisen, vielmehr sei derselbe mit der größten Achtung für Deutschland, der tiefsten Sympathie für Hessen verbunden. Diese Frage sei aber für ihn und seine Freunde eine äußere. (Unterbrechung zur Rechten. Der Präsident bemerkt dem Redner, daß er doch wohl über die Grenzen der persönlichen Bemerkung schweife, und dieser bescheidet sich, bei späterer Gelegenheit seine Ansicht ausführen zu können).

Hiernach erhalten die Antragsteller das Wort. (Der Kriegsminister von Roon ist inzwischen eingetreten.) Zunächst

Abg. Virchow: Er wendet sich mit einigen Bemerkungen gegen die Redner der äußersten Rechten, bedauert, daß das Wahlgesetz von 1849 nicht ausdrückliche Anerkennung seitens des Ministers gefunden habe, und erörtert dabei den conservativen Charakter dieses Gesetzes. Den Rednern der katholischen Partei macht er bemerklich, daß ihre Anschauungen viel weiter gingen und österreichischer seien, als die in Süddeutschland auf preußenfeindlicher Seite herrschenden. Sie (kathol. Partei) seien dem nationalen Gefühl weniger zugänglich, als die Freunde Oesterreichs in Süddeutschland (Oh! im Centr.). Indem sie den Bundestag als letzte Norm aufstellten, hielten sie am römischen Recht fest, das der deutschen Anschauung zuwider sei. Eine Politik, wie die Cavours, werde insofern nie die unsere sein, als wir einen Theil Deutschlands aufgeben würden, um einen andern zu gewinnen. Was Oesterreich betreffe, so würde Friedrich Wilhelm III., wenn er nach dem Frieden von Villafranca sein Testament gemacht hätte, es wahrscheinlich anders abgefaßt haben. In den letzten zehn Jahren, deren Studium er namentlich jener österreichisch gesinnten Partei anempfehle, habe sich viel verändert, und man könne viel aus der Geschichte derselben lernen. Es scheine aber, als wenn Einige mehr, Andere weniger gelernt haben. Einige der Fortschrittspartei gemachte Vorwürfe wolle er nicht ausdrücklich widerlegen. Auch diese Partei sei von dem Wunsche beseelt, dem Könige die höchsten Ehren zuzuführen.

Abg, v. Sänger widerlegt die Behauptung v. Gottberg's, daß die Grabow'sche Partei sich von der Fortschrittspartei habe ins Schlepptau nehmen lrssen. Diese Behauptung gebe von der schwarzgelb gesinnten Partei aus, die am liebsten Preußen von Oesterreich in's Schlepptau nehmen lasse. In so wichtigen Fragen, hoffe er, würden alle Parteien dieses Hauses einig sein.

Ref. Abg. Behrend: Pflicht des Berichterstatters sei, den Commissionsantrag zu vertheidigen, und die Angriffe zurückzuweisen. Er erörtere deshalb nicht die Angriffe gegen die Partei, der er angehöre und der man sogar Verfassungsbruch vorgeworfen habe. — Art. 61 der wiener Schlußakte enthalte die Regel für die Competenz des Bundes, und es frage sich nur, welche Ausnahme derselbe gestatte. Der Bund habe danach für die Einführung landständischer Verfassungen Sorge zu tragen; er kann dagegen nur einschreiten, wenn die Zustände den Charakter der Rebellion annehmen. Davon sei bei der kurhessischen Verfassung nicht die Rede gewesen. Ein Bundesbeschluß vom Jahre 1852 habe, um das Einschreiten zu rechtfertigen, auf Art. 54 der wiener Schlußakte hin verwiesen; dieser Artikel sei überschrieben: „Fürsorge für die Einführung landständischer Verfassungen"; wie man sich auf diesen Artikel berufen könne, begreife er nicht. Man sehe daraus, daß es mit der Competenz des Bundes zum Einschreiten in Kurhessen nicht weit her sei, und in dieser Beziahung befände sich die Kommission in erfreulicher Uebereinstimmung mit der königl. Staats-Regierung. Es sei bestritten worden, daß eine Rechtsverletzung vorliege, weil diese ein Verbrechen in sich schließe. Eine Rachtsverletzung liege aber auch vor, wenn klare Bestimmungen eines Gesetzes nicht ausgeführt würden. Auch eine ganz erhebliche Minorität im Bunde selbst habe schon im Jahre 1852 den Bundesbeschluß selbst als nicht gerechtfertigt erklärt. Es sei von mehreren Rednern schlagend die Inkompetenz des Bundes nachgewiesen worden. Die königl. Staatsregierung stimme auch mit der Kammer darin überein, daß sie die Zustände in Hessen auf verfassungsmäßigem Wege ordnen wolle; das könne nicht anders geschehen, als durch eine Ständeversammlung, die auf Grund des Wahlgesetzes vom Jahre 1849 gewählt sei; das einzig sei auch nur die Absicht der Kammer und darauf basire ihr Antrag. Das Haus werde heut durch seine Abstimmung kund geben, daß es den Rechtszustand in Hessen wieder hergestellt wissen wolle, und es handle sich nur um die Mittel, welche zu ergreifen seien, und da sie eine Uebereinstimmung mit der königl. Staats-Regierung noch nicht erreicht, allein die gegenwärtige Lage der Dinge werde die Staatsregierung bald nöthigen, eine positive Stellung beim Bunde einzunehmen. Deshalb könne er das Reichenspergersche Amendement zur Annahme nicht empfehlen, eben so wenig das in der Commission gestellte Amendement von Carlowitz, denn dies werde nicht das letzte Mittel sein, welches in Anwendung werde gebracht werden. Eine Intervention in Hessen sei nicht nöthig, man habe nur nöthig, die Folgen einer früheren Intervention abzuwenden. In der kurhessischen Frage provozire man nicht, man sei provozirt worden, und werde noch öfter provozirt werden. Sei es keine Provokation, wenn an dem Tage, wo das preußische Abgeordnetenhaus die kurhessische Frage berathe, in Hanau die mehrerwähnten Steuer-Exekutionen ausgeführt werden? Sollte die Frage nicht gelöst werden, so habe das Haus wenigstens seine Schuldigkeit gethan. Es sei hier an einen Römer erinnert worden: auch er wolle einen solchen citiren, der immer und immer wieder zum Kampf gegen den Erbfeind aufgefordert. Der Erbfeind Preußens sei das gebrochene Recht in Deutschland und zum Kampfe dagegen müsse das Haus stets und stets der Regierung zurufen: Hilf du dem gebrochenen Rechte!

Nachträglich erhebt sich noch der Minister des Auswärtigen, um einer Ausführung des Referenten gegenüber, nochmals auf den Wortlaut seiner gestrigen Erklärung zu verweisen, welcher besagt habe, daß die Frage des Wahlgesetzes für die Regierung eine offene sei.

Einige persönliche Bemerkungen werden schließlich noch zwischen den Abg. Reichensperger und Rohden einerseits, dem Abg. Virchow andererseit gewechselt. Letzterer bemerkt, er habe den Vorwurf österreichischer Gesinnnng nicht den katholischen Abgeordneten gemacht, sondern in ihrem Antrage einen derartigen Sinn gefunden. Damit schließt die Debatte.

Da über den Comm.-Antrag Namens-Aufruf beschlossen ist, so wird derselbe, nachdem die Reichenspercherſche Resolution von einer großen Majorität verworfen ist (für dieselbe nur die katholischen Mitglieder und die äußerste Rechte), mit 241 gegen 58 Stimmen angenommen; die Polen enthalten sich der Abstimmung; die Minister haben sich vorher entfernt. Gegen den Antrag stimmen die Conservativen und die Fraktion Reichensprecher.

Schluß der Sitzung 3¾ Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr; Tagesordnung Präsidentenwahl für die Dauer der Session und Wahl eines Schriftführers an Stelle des an den Augen leidenden Abg. Oppermann.

Berlin, 15. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: An Stelle des auf sein Gesuch entlassenen bisherigen Konsuls Konow den Kaufmann A. Kohmann in Bergen zum Konsul daselbst zu ernennen.

Der königl. Landbaumeister Robert Cremer ist zum königl. Bau-Inspektor ernannt und demselben die Bau-Inspektor-Stelle zu Aachen verliehen worden. Der vormalige Superintendent der Diözese Atzendorf, gegenwärtige Pfarrer und Superintendentur-Verweser Dr. Sickel in Gr.-Rosenberg ist zum Superintendenten der Diözese Calbe a. S. ernannt worden. Der praktische Arzt Dr. Ettling ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Goch zum Kreis-Wundarzt des Kreises Cleve ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Premier-Lieutenant von Wulffen im 3. brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 20 die Erlaubniß zur Anlegung des von des Kaisers von Rußland Majestät ihm verliehenen St. Stanislaus-Ordens dritter Klasse mit Schwertern und der silbernen Tapferkeits-Medaille zu ertheilen. (St.-A.)

Berlin, 15. Februar. [Die Antwort auf die sächsische Depesche.] Die „Sternzeitung" theilt nachträglich auch noch die von dem preußischen Gesandten in Dresden überreichte Antwort an Herrn v. Beust mit. Schneidende Sarcasmen, zu denen gerade die Haltung des Urhebers der Conversation im höchsten Grade aufforderte, finden sich in der Note nicht. Sie lautet:

„Dresden, 14. Februar 1862.

Der unterzeichnete königlich preußische Geschäftsträger hat die Ehre, in Erwiederung auf die Note, welche Graf Hohenthal in der Bundesreformfrage unterm 2. d. M. an den königlichen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Bernstorff, gerichtet hat, Sr. Excellenz dem ꝛc. Freiherrn v. Beust das lebhafte Bedauern der königlichen Regierung darüber auszusprechen, daß das königliche sächsische Cabinet sich derjenigen Verwahrung angeschlossen hat, welche die kaiserlich österreichische und mehrere andere Bundesregierungen gegen die Ansichten Preußens über den heilsamsten Weg zu einer Bundesreform einlegen zu sollen geglaubt haben.

Wenn die königl. Regierung den von dem Herrn Freiherrn von Beust eingeleiteten Meinungsaustausch über diese hochwichtige Frage nicht fortsetzte, obwohl der königlich sächsische Herr Minister nach Inhalt seiner unterm 11. Januar d. J. an den ꝛc. Grafen von Hohenthal gerichteten Depesche der Hoffnung nicht entsagen wollte, Anknüpfungspunkte für eine Verständigung zu finden, so geschah dies preußischerseits in der Ueberzeugung, daß der prinzipielle Gegensatz leider ein zu tiefliegender sei, um jede Hoffnung als begründet erscheinen zu lassen.

Die königl. Regierung befindet sich aus demselben Grunde nicht in der Lage, an den Berathungen theilnehmen zu können, welche die Herstellung einer Executivgewalt für den ganzen Bund bezwecken, der zum Behufe einer gemeinsamen Gesetzgebung eine Volksvertretung aus allen dazu gehörenden Staaten zur Seite stehen soll. Es ist dies bereits denjenigen Bundesregierungen, welche die erwähnten identischen Noten an das königliche Kabinet gerichtet hatten, bei Beantwortung derselben eröffnet worden.

Indem der Unterzeichnete die Ehre hat, erhaltenem Auftrage zufolge dem ꝛc. Herrn Freiherrn v. Beust eine Abschrift dieser Antwortnote anliegend mitzutheilen, benutzt er ꝛc. ꝛc. (gez.) Gundlach.

** **Berlin,** 16. Febr. [Die hanauer Steuerverweigerung.] Die telegraphische Depesche, welche vorgestern der Dr. Virchow in der zweiten Kammer verlesen hat, erhält ihre vollständige Bestätigung durch folgende Mittheilung der „Zeit":

Hanau, 14. Febr. Gestern ist eine Abtheilung des in Kassel garnisonirenden Pioniercorps hier eingetroffen, um die Steuerexekutanten bei der Erbrechung der Geldschränke in den Wohnungen der Steuerverweigerer zu unterstützen, und schon heute Morgen — an demselben Tage also, wo in Berlin die kurhessische Frage debattirt wird — hat das Werk der Gewalt begonnen. Welche Erfolge diese neueste Maßnahme haben wird, können wir Ihnen noch nicht angeben. Wir wissen nur, daß einer der Pionniere, welcher einen Kassenschrank erbrechen wollte, von dem Eigenthümer auf das Ungesetzliche und Unpatriotische seines Beginnes aufmerksam gemacht, mit thränenden Augen erklärte, es könne nicht anders, so leid es ihm auch thue. Es gelang jedoch seiner Kunst nicht, das widerspenstige Schloß zu erbrechen, und es sah sich daher der Executant schließlich genöthigt, sich mit der Pfändung einiger Goldwaaren zu begnügen. Die Aufregung in unserer Stadt über dieses Verfahren ist natürlich ungeheuer, und die Erbitterung, wenn es möglich wäre, noch im Steigen. Man möge nur nicht glauben, daß man mit solchen Mitteln eine Einschüchterung erzielen werde, man wird im Gegentheil die Ausführung des Beschlusses der Verfassungspartei, eine allgemeine Steuerverweigerung im ganzen Lande in Angriff zu nehmen, erleichtern — sobald dieser Beschluß erst einmal gefaßt worden ist.

Dagegen bringt die „Kreuzztg." folgende Depesche:

Kassel, 15. Febr., 12 Uhr 40 Min. Eben geht hier die Nachricht ein, daß die Steuern in Hanau, wo sich einige Renitenten gezeigt hatten, so bereitwillig gezahlt werden, daß zur Abnahme der Be-

träge ein Gehilfe hat angenommen werden müssen. (Die Kreuzzeitungsleser werden das schon glauben.)

[Militär-Wochenblatt.] Berger, Pr.-Lt. von der 2. Ing.-Insp., zum Hauptm. befördert. v. Tettau, Major z. D., zuletzt Rittm. und Esc.-Chef im 3. Kür.-Regt., dem jetzigen Ostpr.-Kür.-Regt. Nr. 3, Schimmelfennig v. d. Oye, Major a. D., zuletzt Rittm. und Esc.-Chef im 1. Drag.-Regt., dem jetzigen Litth. Drag.-Reg. Nr. 1 (Prinz Albrecht von Preußen), beide in der 1. Gendarm.-Brig. angestellt. v. Siegroth, Rittm. z. Disp. und mit der einstw. Vertretung des 2. Kommdrs. 3. Bats. 1. Garde-Gren.-Landw.-Regts. beauftragt, als Hauptm. in der 5. Gendarm.-Brig, angestellt. Frhr, v. Saurma, Sec.-Lt. vom Schles. Kür.-Regt. Nr. 1 (Prinz Friedrich von Preußen) beide in das Garde-Kür.-Regt. versetzt. Dittmar, Sec.-Lt. à la suite der Niederschl. Art.-Brig. Nr. 5 und Direktions-Assistent der Pulverfabrik zu Spandau, der Abschied bewilligt. Riebel, Major von der Schles. Art.-Brig. Nr. 6, mit Pens. der Abschied bewilligt. Dr. Braune, Oberstabs- und Regts.-Arzt vom 1. Leib-Hus. Regt. Nr. 1, in gleicher Eigenschaft zum 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8, versetzt. Dr. Münzer, Assistenzarzt vom 2. Schles. Hus.-Regt. Nr. 6, zum Stabs- und Bats.-Arzt des 1. Bats. 3. Oberschl. Inf.-Regts. Nr. 62 ernannt. Dr. Eschenbach, Assistenzarzt von der Schles. Art.-Brig. Nr. 6, zum 2. Schles. Drag.-Regt. Nr. 8, versetzt.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 13. Febr. [In der heutigen Bundestags-Sitzung] brachte Oesterreich zur Anzeige, daß es die Kommission zur Umwandlung des gothaer Heimathlosenvertrages und seiner Annexen in einen Bundesbeschluß beschicken werde. Hierauf erstattete der Militär-Ausschuß Vortrag über die am 12. Juli 1860 von Preußen, Hannover, Oldenburg und Bremen in der Küstenvertheidigungs-Angelegenheit gestellten gemeinschaftlichen Anträge, und zwar über die zwei ersten, welche dahin gehen: Die Bundesversammlung möge 1) auf Grund der Denkschriften (Preußens und Hannovers) diejenigen auf außerpreußischem Gebiete zu gründenden Vertheidigungsanstalten bezeichnen, für welche behufs weiterer Entschließung besondere technische Vorarbeiten, örtliche Erhebungen u. s. w. von Bundes wegen einzuleiten sein würden; 2) eine aus Bevollmächtigten sämmtlicher Uferstaaten zu bildende Kommission mit dem Auftrage einsetzen, die Entwürfe dieser Vertheidigungsanstalten festzustellen. Die Zusammensetzung der Kommission, ob aus Bevollmächtigten aller Bundesregierungen, oder nur der Uferstaaten, hatte Differenzen veranlaßt. Der jetzt gestellte Antrag des Ausschusses erscheint als ein vermittelnder, indem er dahin geht, daß 1) eine Spezial-Kommission niedergesetzt werde, welche die allgemeinen Umrisse und wesentlichen Bestimmungen in Betreff der vom Bunde auszuführenden Vertheidigungsanstalten bezeichne, und welche von allen Bundesregierungen beschickt werden könne; daß aber 2) die nähere spezielle Ausarbeitung der betreffenden Pläne den Kommissarien der Uferstaaten zu überweisen wäre. — Als Sitz dieser Kommission ist Hamburg beantragt. Die Abstimmung wird später stattfinden.

München, 10. Febr. [Gewerbe-Ordnung.] Der Entwurf der Gewerbeordnung, welcher dem Könige in Nizza zur Genehmigung vorliegt, wird von der „Fr. Poststg." als ein sehr liberaler bezeichnet, indem darin dem Gewerbsmann volle Freiheit in seinem Arbeitsgebiet eingeräumt ist, und alle Hindernisse beseitigt würden, welche die Industrie bisher in ihrer vollen Machtentfaltung gehemmt haben. Mit der Gewerbe-Gesetzgebung stehen auch eine Reihe anderer Gesetze, z. B. über Armenwesen, Ansäßigmachung 2c., im Zusammenhange, und sollen die betreffenden Entwürfe dem nächsten Landtage vorgelegt werden. Am empfindlichsten dürften die Gewerbe mit Realrechten durch die neue Ordnung der Dinge berührt werden, da die Realrechte nicht abgelöst, sondern wie in Oesterreich einfach in Geltung bleiben sollen; man geht von dem Gesichtspunkte aus, daß die Realberechtigten an den Vortheilen, welche die neue Gewerbeordnung dem Handwerke bringen wird, Theil nehmen, und somit wegen dieser Vortheile keinen Verlust erleiden. Als Verfasser der Gewerbeordnung bezeichnet man den Ministerial-Assessor Braun, der bei verschiedenen Kreis-Regierungen und im Handelsministerium seit langen Jahren über das Gewerbewesen das Referat führte, und wie kein anderer die Gebrechen der bisherigen Gewerbeordnung, und die Bedürfnisse des Gewerbestandes kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat.

Weimar, 12. Febr. [Die Verhandlungen über eine Militärconvention] zwischen Weimar, Altenburg und Reuß j. L. mit Preußen sind so weit vorgerückt, daß man, was Weimar betrifft, einer desfallsigen Communication an den Landtag noch in dieser Saison entgegensehen darf. Glaubwürdiger Mittheilung zufolge differire jene Convention im Wesentlichen nicht von der coburg-gothaer. Nur in einigen untergeordneten Punkten ist die Stipulation eine andere. Zu diesen gehört auch die an Preußen für die Erhaltung jener Contingente zu zahlende Aversionalsumme, indem man diesseits von der Forderung fern blieb, daß solche geringer gestellt werde, als der voraussichtliche wirkliche Kostenaufwand. (Voss. Z.)

Aus Kurhessen, 10. Febr. [Ein schwarzes Buch] Aus guter Quelle wissen wir, daß bei den Polizeibehörden des ganzen Landes noch immer ein schwarzes Buch im Gebrauch ist, welches hauptsächlich dann nachgeschlagen wird, wenn sich Jemand an einem fremden Ort niederlassen will. Steht sein Name in dem schwarzen Register, so wird ihm die Erlaubniß zum Aufenthalt versagt und der Gebrandmarkte muß Rekurs an die Provinzial-Regierung ergreifen, die natürlich in den meisten Fällen den schwarzen Codex nicht verleugnen wird. Wir können jedoch versichern, daß unser schwarzes Buch nur ein handschriftliches Dasein hat, und mit der Ausgabe des nürnberger Verfassers nicht identisch ist. Vorzugsweise sind darin alle Mitglieder des Montagkränzchens, das im Jahre 1849 in Frankfurt blühte und alle Parlaments-Mitglieder der Linken verzeichnet. Was diese Proscription noch in unsern Tagen soll, wissen wir nicht. (A. Z.)

Dessau, 11. Febr. [Ueber das neulich erwähnte Benehmen des Landtagskommissars] berichtet die „Magd. Ztg." Näheres. Als sich der Rechtsanwalt Lezius aus dem Sitzungssaale entfernt hatte, brach der Landtagskommissar in etwa folgende Worte aus: „Er habe es ja den Herren — zur Ritterkurie gewendet — gleich gesagt, daß es so kommen werde; das hätte der Rechtsanwalt Lezius kürzer haben können; er hätte als ein Ehrenmann die Wahl nicht annehmen dürfen." Diese in einem dem Inhalte entsprechenden Tone ausgestoßenen Worte riefen in der ganzen Versammlung allgemeine Entrüstung hervor, und die Abgeordneten Holzmann und Reinicke gaben denselben Ausdruck. Der Letztere erklärte, daß er aus dem Landtage austreten würde, wenn der Landtagskommissarius seine verletzende Aeußerung nicht zurück nehme. Dieser ergriff wiederum das Wort und sprach sich zwar dahin aus, daß es nicht in seiner Absicht gelegen habe, der Ehre des Rechtsanwalts Lezius zu nahe zu treten, führte aber zugleich als den beabsichtigten Sinn seiner Worte an, daß er als Ehrenmann nicht so gehandelt haben würde, und hielt diese Aeußerung ausdrücklich aufrecht. Ober-Appellationsgerichtsrath Mann, welcher den Vorsitz führte, nahm Veranlassung, sich mißbilligend gegen das Auftreten des Landtagskommissars auszusprechen, er forderte die Versammlung auf, durch Aufstehen zu manifestiren, daß sie diese seine Ansicht vollkommen theile. Sämmtliche Anwesende erhoben sich wie ein Mann. Selbst hierdurch noch nicht belehrt, erhob sich der Landtagskommissar nochmals, um das jugendliche Alter des Lezius zum Gegenstand einer herabwürdigenden Kritik gegen denselben zu machen, und es war zum drittenmale dem Abgeordneten Holzmann vorbehalten, diese eigenthümliche Invektive gegen den Abwesenden mit einem Hinweis auf das Gesetz, welches ein Alter von 30 Jahren für die Landtagsabgeordneten erfordert, in höchst schlagender Weise abzufertigen.

Schwerin, 11. Febr. [Zur Bevölkerungs-Statistik Mecklenburgs.] Mecklenburg wird nur durch die unehelichen Geburten vor einer steten Reduction und endlichem Aussterben geschützt. Es muß dabei bemerkt werden, daß es die Heimaths- und Niederlassungsrechte sind, welche die Schuld an dieser Unsittlichkeit tragen. Die Kirche hat freilich alle Mittel aufgeboten, dem Unwesen zu steuern; es werden für unehelich geborene Kinder höhere Gebühren wahrgenommen; es werden auch Verheirathete noch bestraft, wenn die Braut bei der Trauung einen Kranz getragen hat und die Kindtaufe einige Wochen zu früh dieser Festlichkeit folgt. Noch dieser Tage mußte ein hiesiger Bürger 50 Thlr. Strafe zahlen; es wird auch der Bräutigam vor der Trauung gefragt, ob die Braut den Kranz verdiene 2c„ allein, alles umsonst, und man wird, wohl oder übel zugeben müssen, daß unsere alten feudalistischen Verhältnisse selbst unsittlich sind, weil sie die Staats-Angehörigen dazu treiben. Jahrelang können Leute, die allen gesetzlichen Vorschriften genügt haben, petitioniren und antichambriren, sie dürfen sich nicht niederlassen und verheirathen, wenn sie nicht gerade auf diesem Fleck mecklenburgischen Bodens geboren sind, wo sie wohnen wollen, und auf dem Lande, namentlich in der Ritterschaft, nützt auch das noch nicht. Auch gegen die verschiedenen (Tauf-, Confirmations-, Trauungs- u. a.) Formulare scheint immermehr eine starke Reaction hervorzutreten. Der engere Ausschuß hat abermals auf Zurückziehung derselben angetragen, wie man aus Rostock hört, selbstverständlich wird der Oberkirchenrath sich jetzt aber so wenig, wie früher, dazu verstehen. Nicht minder wollen aber auch die Geistlichen zum Theil davon entbunden sein, besonders von den Trauformularen, worin Stellen, wie 1. Mose 3 V. 16 vorkommen, die einige von ihnen schon aus bewegenden Gründen und freilich bei eigener Verantwortlichkeit weglassen sollen. (H. N.)

Harburg, 9. Februar. [Rettung.] Der „Neuen Hannov Zeitung" wird geschrieben: Hunderte von Bewohnern der Stadt standen heute Nachmittag stundenlang auf dem Elbdeiche und schauten nach den Unglücklichen, welche seit gestern Mittag, in ihrem Boote zwischen Eisschollen eingeklemmt und von denselben aus ihrem Course getrieben, ihrer Rettung warteten. Man versuchte auf Brettern, welche über die Schollen gelegt wurden, sich dem Boote zu nahen und die vordersten Personen waren schon in der Nähe des Boots, als das Eis, welches eine Zeit lang gestanden, sich plötzlich wieder in Bewegung setzte, wodurch die Retter gezwungen wurden, sich eiligst zurückzuziehen. Ebenso mißglückte ein anderer Versuch, mittelst Eiskähnen an den Ort des Unglücks zu gelangen; die Schollen hatten sich dermaßen übereinander geschoben, daß man mit den Kähnen nicht hinüberzudringen vermochte. Je näher der Abend herankam, desto dringender wurde der Hilferuf der Unglücklichen, denen man jedoch mit dem besten Willen keine Hilfe zu bringen vermochte. Endlich gegen 7 Uhr machte das Dampfschiff Primus noch einen Rettungsversuch und es gelang denn auch demselben, nach längerer Zeit sich dem Boote so weit zu nähern, daß die Insassen desselben an zugeworfenen Tauen sämmtlich das Schiff erreichten. Ein unendlicher Jubel erscholl von der versammelt.n Menge, als der Primus mit den Geretteten an der Landungsbrücke anlegte.

Oesterreich.

C. **Wien,** 14. Febr. Die Parteigruppirung im Abgeordnetenhause ist in einem Zersetzungsprocesse begriffen, da zwischen den Fractionen des Centrums und der Linken, wenn auch ihr gemeinsamer Gegensatz gegen die Rechte in der Verfassungsfrage in seiner ganzen Schärfe fortdauert, allerlei principielle und persönliche Differenzen aufgetaucht sind. Der große Club der „Unionisten" der über 60 Mitglieder zählte, hat seit dem Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses sich nicht wieder versammelt und mehrere der bedeutendsten Mitglieder haben ihren Austritt angekündigt. Auch der Club der „Groß-Oesterreicher" hat seit dem 4. noch keine Versammlung gehabt. Nur die Fraction der „deutschen Autonomisten" ist unverändert beisammen geblieben. Wahrscheinlich wird die streng ministerielle Partei sich zu einem abgeschlossenen Ganzen vereinigen, während die andern Fractionen, welche zwar treu zu der Februar-Verfassung stehen, aber in legislatorischen Fragen ihre Unabhängigkeit wahren, sich einem oder dem andern bestehenden Club anschließen oder auch einen neuen bilden werden.

Italien.

Turin, 11. Febr. [Rundschreiben Ricasoli's an die Präfekten.] Das die Demonstrationen betreffende Rundschreiben Ricasoli's an die Präfekten lautet:

Die königliche Regierung wirkt auf die Erfüllung der Wünsche hin, welche die Nation durch ihre legitimen Vertreter ausgedrückt hat. Sie verwendet alle ihre Sorge und alle ihre Thätigkeit darauf, den Provinzen des Königreiches die Wohlthat freier Justitutionen zu verschaffen und die Einheit und Unabhängigkeit Italiens zu vollenden.

Es begegnen ihr jedoch zwei Arten von Hindernissen auf diesem Wege: die einen, natürlich und unausweichbar, bestehen in den Interessen und Leidenschaften, welche ihre Befriedigung unter den vor dem Willen und dem Rechte der Nation gefallenen Regierungen gefunden haben; die anderen rühren von den Parteien her, welche, gleiche Bestrebungen wie die Regierung verfolgend, sich an die Stelle dieser setzen wollen, in der Ausführung, deren Förderung, Initiative und Leitung, wenn sie geachtet und wirksam sein sollen, doch nur dieser zukommen.

Um die Hindernisse der ersten Art zu überwinden, bedarf die Regierung eben so sehr wie der materiellen, auch der moralischen Autorität; denn die Feinde der Freiheit und Italiens haben einen gesicherten, wirksamen und unermüdlichen Beistand in dem von ihnen gemißbrauchten religiösen Princip, das durch hundertjährige Ueberlieferungen und allgemeinen Glauben mächtig ist. Aber da sie in offenem Widerspruche mit dem Rechte und dem Willen der Nation stehen, so sind sie durch die Macht der öffentlichen Meinung in Italien zur Ohnmacht herabgedrückt, und von selbst vor der Drohung des Gesetzes.

Dennoch bedarf es der Wachsamkeit und Vorsicht gegen diese Feinde, damit sie nicht im Namen der religiösen Principien unwissende und furchtsame Gemüther in Irrthum führen und zur Rebellion treiben, und damit die Niederdrückung schnell und kräftig sei, wo sie zu weit gehen.

Jedoch ist es auch wichtig, diejenigen zu überwachen, welche, sei es im guten Glauben, sei es zu Zwecken der Secte, aus der römischen Frage ein Werkzeug zur Volks-Agitation machen, Mißtrauen und Verdächtigungen gegen die Regierung erregen und das Werk hindern und aufhalten, während sie es zu fördern vorgeben.

Im einen wie im anderen Falle ist der Schaden, den die nationale Sache leiden kann, bedeutend.

Die königliche Regierung hat feierlich erklärt, durch welche Mittel und Wege sie nach Rom gelangen wolle. Diese Mittel und Wege sind ihr von dem nationalen Parlament angezeigt worden und es sind auch die einzigen, welche die Logik der Thatsachen und die Natur der Sache als geeignete zur Erfüllung der Wünsche der Nation anzeigen.

Die Regierung hofft, mit diesen Mitteln und auf diesem Wege das Ziel zu erreichen und sie allein kann über das Thunliche und über den rechten Zeitpunkt entscheiden. Denn sie allein ist, auf ihre Verantwortlichkeit, die Ausführerin des Nationalwillens und kann allein die Kenntnisse besitzen von dem waren Stande der Dinge, um über die Zweckmäßigkeit und die Abmessung des Handelns zu entscheiden. Weder mit ihrer Würde, noch mit den Interessen der Nation ist es jemals verträglich, daß sie sich zuvorkommen oder sich fortreißen lassen sollte.

In der römischen Frage handelt es sich vor Allem um die Erreichung eines großen moralischen Triumphes, bei dem die Gewissen der aufrichtigen Katholiken aller civilisirten Nationen und der italienischen Nation insbesondere interessirt sind. Man sieht schon die Früchte der Mäßigung der Italiener aus der von ihnen bei der Entwickelung dieses Werkes bewährten Weisheit, und die königliche Regierung darf sich zu den erzielten Resultaten Glück wünschen. Die freie Kirche im freien Staate wird eine neue Ordnung der Dinge inauguriren, deren Urheber die Italiener werden können, wenn sie sich mit Urtheil und Mäßigung über das Programm einer Versöhnung zwischen Italien und dem Papste verständigen, welches die Römer in diesen letzten Tagen mit antiker Schärfe und Weisheit ausgesprochen haben.

Aber die Regierung bedarf, während sie allen ihren Eifer der römischen Frage zuwendet, welche die Parteien und Factionen zu verschiedenen Zwecken ausbeuten, aller ihrer moralischen Autorität und des ganzen Vertrauens der Bevölkerung. Sie hat das Bewußtsein, sich desselben nicht unwürdig gemacht zu haben, und hofft, Angesichts des Ernstes der Ereignisse, daß ihr Werk nicht durch unbedachte Ausbrüche oder lärmende Kundgebungen gestört werde, in denen die Katholiken einen Grund finden könnten zum Mißtrauen gegen die wahren Gefühle der Italiener, indem sie dieselben falsch auffaßten, oder zum Zweifel an die Autorität der Regierungsgewalt, die eine von Allen gewünschte und für Alle nothwendige Garantie ist.

Wollen Sie, Herr Präfect, die öffentliche Meinung der Provinz, welche Sie verwalten, in der Art aufklären, daß sie nicht von den Regeln der Mäßigung abweiche oder darüber hinausgehe, und Ihre ganze Autorität gebrauchen, um zn verhindern, daß man diese Manifestationen erneuere, welche das Gouvernement, als einer großen und starken Nation nicht zukommend, betrachtet, die so constituirt ist, daß sie durch Vermittelung ihrer Repräsentanten ihre Wünsche und Absichten ausdrücken kann.

[Die antipäpstlichen Demonstrationen.] Ricasoli ist entschlossen, die Gerichte gegen die Hauptpersonen der Kundgebungen gegen Rom, so weit die Gesetze es gestatten, einschreiten zu lassen. Der Anfang wurde mit dem garibaldi'schen Feld-Caplan, dem Pater Pantaleo, gemacht, der als Theilnehmer an der mailänder Kunddebung am 9. Februar in Untersuchung gezogen ward. Die „Triest. Ztg." berichtet über diesen Fall Folgendes: „In Mailand wollte bei diesem Anlasse ein Pöbelhaufe durchaus eine Predigt des bekannten Paters Pantaleo hören, und zwar in der Domkirche. Da die Thore derselben geschlossen waren, so stieg der Pater mittelst einer Leiter ein und hielt von der Kanzel herab eine kurze Ansprache an die Menge." Daß diesen Kundgebungen ein gemeinsamer Plan zu Grunde liegt, erhellt aus ihrer Gleichzeitigkeit; an demselben 9. Februar protestirte die Bevölkerung in Genua, Livorno, Mailand, Modena, Neapel und Palermo, nachdem Ricasoli am 4., also sofort nach der ersten Kundgebung in Florenz, sein abmahnendes Rundschreiben an die Präfecten erlassen hatte. In den italienischen Theatern werden patriotische Lieder, und besonders die Garibaldiade, gesungen. In Reggio traf die Kuudgebung gegen Rom mit zahlreichen Verhaftungen zusammen; man hatte wieder ein bourbonistisches Comite entdeckt, und unter anderen Papieren Verzeichnisse der Liberalen gefunden, die gebrandschatzt werden sollten.

Turin, 15. Febr. Der „Moniteur Universel" ertheilt der italienischen Nation eine Verwarnung und dem Cabinet gleichzeitig eine Belobung. Das officielle Organ der französischen Regierung schreibt: „Die aus Italien einlaufenden Nachrichten legen mehr und mehr Zeugniß ab von der Nothwendigkeit, in der sich die kaiserliche Regierung befand, die gesetzmäßige Ordnung in einem Lande wieder herzustellen, das zu leidenschaftlichen Aufwallungen jeder Art geneigt ist."

Wie fest man im großen Publikum an die baldige Gewinnung Roms glaubt, geht daraus hervor, daß sich trotz aller von der Municipalität gebotenen Vortheile keine Bauunternehmer in Turin finden lassen. Die Bevölkerung der provisorischen Hauptstadt Italiens ist nämlich so unverhältnißmäßig schnell angewachsen, daß die Miethpreise eine ganz unglaubliche, selbst in Paris nicht gekannte Höhe erreicht haben. Da nun aber die Verlegung des Hofes wieder einen starken Abfluß von Einwohnern nach sich ziehen würde, so will Niemand seiu Geld in Häuserbauten anlegen.

Aus **Rom,** 11. Febr., wird laut einer marseiller Depesche gemeldet, daß „Cialdini Befehle zu Truppen-Concentrationen in Umbrien ertheilt habe, und daß die Besatzung in Orvieto verstärkt werde."

Der „Lombardia" zufolge zählte die Protestation der Mailänder gegen die Worte des Cardinals Antonelli am 11. Febr. bereits über 24,000 Unterschriften.

[Symptome in Italien.] Die offizielle „Donauztg." schreibt: Aus Neapel liegen bedeutungsvolle Nachrichten vor, die, wenn sie sich bestätigen, die Vorläufer großer Ereignisse sein dürften. Die piemontesischen Truppen, heißt es, werden die Hauptstadt des Königreichs Neapel verlassen, die Obhut über dieselbe in die Hände der Nationalgarde legen und sich am Garigliano und auf der Ebene von Capua concentriren. Die Räumung sollte am 12. Februar vollendet sein. Nur eine dringende, unabweisbare Nothwendigseit kann zu solchen extremen Maßregeln Veranlassung bieten; diese Nothwendigkeit kann einzig und allein durch die Fortschritte der Contre-Revolution gegeben sein, und von diesen Fortschritten soll die Journalistik Nichts mehr berichten. Wenigstens hat der Präfect die Repräsentanten derselben sammt und sonders berufen und ihnen Schweigen über den Stand des Brigantenthums aufgelegt. Mittlerweile gehen die Dinge aber doch ihren Gang, die Gefechte in den Provinzen erneuern sich ohne Unterlaß, und der Winter, von dem man meinte, er werde die Briganti zu Paaren treiben, geht vorüber und läßt sie in unverminderter Stärke den fremden Eindringlingen die Stirn bieten. So haben sie sich am 27. v. Mts. mit Erfolg in der Capitanata am Gargano geschlagen, und bei S. Severo stehen sie so massenhaft, daß sie den Verkehr mit der Hauptstadt der Provinz beherrschen und nach Gutdünken abschneiden. Am 1. Februar haben die Piemontesen bei Serrapriola eine ernste Schlappe erlitten, während Tags zuvor ein Angriff bei Isernia auf die Insurgenten, die man aus ihrer Position werfen wollte, fruchtlos blieb. Die Briganti erhalten Zuzüge von der Land- und Seeseite her und dürften mit dem Beginn des Frühjahres den Piemontesen ernste Aufgaben stellen.

Die amtliche „Turiner Zeitung" hat bekanntlich vor wenigen Tagen jede Mitschuld der Regierung an den jetzt auf der Tagesordnung stehenden antipäpstlichen Demonstrationen, wie sie in verschiedenen italienischen Großstädten neuerer Zeit in Scene gesetzt werden, in Abrede gestellt. Dagegen wollen nun Eingeweihte behaupten, dieser Protest sei eben nur eine neue Variation des alten Thema's; man ermuntert die politischen Parteien, giebt den Führern geheime Instructionen, läßt sie gewähren und ist stets bereit, den Vortheil zu nehmen, wo er sich bietet. So behauptet unter Anderem der „Messager du Midi" geradezu, die Demonstrationen seien durch ein confidentielles Rundschreiben Ricasoli's an die Präfecten hervorgerufen und darum auch in ganz gleichförmiger Weise an den verschiedensten Orten organisirt worden.

In diesem Sinne spricht sich der „Sémaphore de Marseille" aus, wenn er jenes Rundschreiben erwähnt und als Veranlassung desselben den geheimen Wunsch der Regierung angiebt, zu einer Haupt- und Staatsaction gezwungen zu erscheinen. Die plötzliche Annäherung zwischen Ricasoli und dem bekannten Freischärlerführer Nicotera läßt diese Auslegung sehr plausibel erscheinen. Daß man übrigens den Schein möglichst lange zu wahren suchen wird, versteht sich nach allen Antecedentien von selbst, und Herr Ricasoli ist klug und weise genug, um einerseits Demonstrationen zu veranstalten, bei denen stürmisch nach dem Besitze Roms und Venetiens verlangt wird, andererseits aber durch die officiöse „Opinione" unter Anderem versichern zu lassen, daß die mexicanische Candidatur ganz unabhängig von jeder anderen politischen Combination und namentlich durchaus nicht solidarisch mit der venetianischen Frage sei. Es mag immerhin gut sein, Act von dieser Erklärung des officiösen Blattes zu nehmen.

[Enthüllungen aus Cavour's Leben. III.] Paris, 14. April 1856.

Theurer Collega!

Ich habe den Kaiser gesehen, und hatte mit ihm ein ähnliches Gespräch wie jenes seiner Zeit mit Clarendon, nur etwas weniger schwunghaft. Er nahm es sehr gut auf, aber fügte bei, daß er Hoffnung habe, Oesterreich auf gemäßigtere Ansichten zu bringen. Er erzählte mir, dem Grafen Buol Sonntag bei der Tafel gesagt zu haben, wie leid es ihm thue, sich bezüglich der italienischen Frage mit dem Kaiser von Oesterreich im directen Gegensatze zu befinden; daß in Folge dieser Erklärung Buol zu Walewski gegangen sei, um zu betheuern, das Verlangen Oesterreichs sei dahin gerichtet, in Allem dem Kaiser zu entsprechen, es habe keinen anderen Alliirten als Frankreich und sehe sich deshalb genöthigt, seine Politik seinen (des Kaisers) Wünschen gemäß einzurichten. Der Kaiser schien zufriedengestellt von diesen Versicherungen der Wohlgewogenheit und wiederholte, daß er davon Gebrauch machen werde, um von Oesterreich Zugeständnisse zu erhalten. Ich gab vor, dem keinen Glauben zu schenken, und bestand auf der Nothwendigkeit, eine feste Haltung zu zeigen, und um damit zu beginnen, sagte ich ihm, ich hätte einen Protest vorbereitet, welchen ich morgen dem Gr. Walewki geben wolle. Der Kaiser schien sehr nachdenklich zu werden (esitare molto), endigte mit den Worten: Gehen Sie nach London, verstehen Sie sich gut mit Palmerston und bei Ihrer Rückkehr kommen Sie mich zu sehen. Der Kaiser muß wirklich mit Buol gesprochen haben, denn der Letztere kam am Schluß der Sitzung zu mir, und machte tausend Versicherungen über die guten Absichten Oesterreichs wider uns, sagte, er wolle im Frieden leben, er trete unseren Institutionen nicht feindlich entgegen, und ähnliche andere Dinge. Ich erwiderte ihm, von diesem Wunsche habe er während seines Aufenthaltes in

Paris keine Proben gegeben, und ich reise ab mit der Ueberzeugung, daß unsere gegenseitigen Beziehungen noch schlechter seien als früher. Die Conversation dauerte lange, und war sehr lebhaft, es wäre zu lang, um sie umständlich zu erzählen.

Wir wechselten viele Wahrheiten, doch in höflicher und freundlicher Art. Beim Abschied sagte ich: Ich reise mit dem Bedauern zu sehen, daß unsere Verhältnisse sich verschlimmert haben, das benimmt mir jedoch nicht die Hoffnung. Bewahren Sie unseren Beziehungen gleich mir, „eine angenehme Erinnerung". Er drückte mir gerührt die Hand, indem er sagte, lassen Sie hoffen, daß wir auch in der Politik nicht immer Feinde bleiben werden. Aus diesen Worten schließe ich, daß Buol über die Kundgebungen zu unseren Gunsten und vielleicht auch von den Worten, die der Kaiser an ihn gerichtet, betroffen war. — Orloff machte mir tausend Versicherungen von Freundschaft, anerkannte gleich mir, daß der Zustand Italiens unerträglich sei, und gab mir gewissermaßen zu verstehen, daß seine Regierung gerne zur Verbesserung desselben beigetragen hätte.

Auch der Preuße sprach schlecht von Oesterreich. Im Ganzen ist, wenn wir auch praktisch nichts gewonnen, gegenüber der öffentlichen Meinung der Sieg ein vollständiger. Buol sagte mir, er habe das Ansinnen gestellt, damit dem „Espero" eines alten Artikels wegen der Prozeß gemacht werde....

Diesen Brief sollte Ihnen Someiller bringen, da ich ihn aber nicht schließen konnte, so übergebe ich ihn Nigra, welcher unmittelbar nach Turin zurückkehrt.

Ich halte es für zweckmäßig, den Friedenstractat nebst allen Protokollen von der königlichen Druckerei in Druck legen zu lassen, um die Vertheilung an die Kammer zu bewirken, sobald die Nachricht von der erfolgten Ratification nach Turin gelangt....

Sollten Sie mir schreiben, so richten Sie Ihre Briefe nach Paris unter Band mit der Adresse des Villamarina.

Ich verbleibe mit dem Gefühle der Zuneigung Ihr Freund C. Cavour.

Rußland.

⚭ **Warschau,** 14. Febr. [Ansprache Felinski's.] Die gestern vom Erzbischof gehaltene Rede in der Kathedrale nach Entsiegelung derselben ist von Zuhörern aufgeschrieben und circulirten eine Masse von Abschriften mit kleinen Variationen in der Stadt. Sie enthält manches Wichtige und Interessante, das ich Ihren Lesern mitzutheilen nicht unterlassen darf. Nachdem der Erzbischof über Gebet überhaupt und dessen wohlthätige Wirkung, sowie über das Beten im Gotteshause gesprochen, fügte er hinzu: Ich muß einen reizbaren und äußerst wichtigen Gegenstand berühren. Wenn Euch nämlich Jemand zu Gott zu beten verbieten sollte, um ihm die Bedürfnisse Eures Herzens vorzustellen, wenn Euch irgend eine Regierung das Beten untersagen sollte, ich würde Euch zurufen, gebet dieser Regierung kein Gehör, denn die Pflicht gegen Gott ist stärker als die gegen Menschen. Wenn Euch irgend eine Regierung für das Vaterland zu beten hindern sollte, für das uns Allen so liebe Vaterland, ich würde Euch ebenfalls sagen, gebet dieser Regierung kein Gehör. Sollten wir für das Vaterland und dessen Glück nicht mehr beten dürfen, so würde ich zu Gott flehen, daß er mich von dieser Erde nehme; ich würde zu ihm beten, daß unsere Mütter unfruchtbar werden sollen u. s. w. Aber das Beten für das Vaterland kann uns Niemand wehren, und unsere Regierung wehrt uns auch dieses nicht. Allein es giebt gewisse von der Kirche nicht sanctionirte Lieder, deren Singen wir durchaus abstellen müssen. Ich beschwöre Euch im Namen des Vaterlandes und dessen Glückes, unterlaßt das Singen der verbotenen Lieder. Diese Lieder hatten ihr Gutes, daß sie den höchsten Behörden unsere Wünsche überbrachten; nun aber kennen diese Behörden diese Wünsche. Ich bringe Euch Hoffnung und Trost, indem ich Euch versichere, daß der Monarch unsere Wünsche zu erfüllen sich sehnt. Ich habe den Monarchen gesprochen, viel und lange gesprochen, und die Versicherung erhalten, daß er weder unsere Nationalität, noch unsere Religion angreifen will, und daß seine Verheißungen erfüllt werden sollen. Die einzige Bedingung, die der Monarch stellt, ist die Beruhigung des Landes und das Einstellen des Singens jener Lieder. Und darum Brüder, beschwöre ich Euch im Namen Gottes, und flehe Euch für das Glück unsers Landes an, singet nicht jene Lieder mehr! Ihr saget vielleicht, daß schon manche Verheißungen vom Monarchen Euch nicht gehalten wurden, ich aber versichere Euch, daß sie diesesmal in Erfüllung gehen werden. Fügen wir uns übrigens den Umständen und laden nicht auf uns den Vorwurf, daß durch unsere Schuld jene Verheißungen nicht in Erfüllung gegangen, und daß wir es sind, welche die Rettung unserer leidenden Brüder verhindern. — Leugnen wir es auch nicht, daß das Singen dieser Lieder eine zu starke Leidenschaftlichkeit angefacht und viel Unheil verursacht hat u. s. w., u. s. w. Trauet mir, und wer mir trauet, der knie hin, und ich will Euch segnen!" Die Anwesenden fielen auf die Knie bis auf einige, die es nicht thaten, und sogar durch Mienen ihren Unwillen merken ließen. Es heißt aber, daß diese Einigen von der Polizei dazu veranlaßt waren. So viel scheint gewiß, daß der hiesigen Militärpartei das unmittelbare Verhältniß Felinski's zu Petersburg ein Dorn im Auge ist, und daß sie ihn und seine versöhnenden Bestrebungen nach beiden Seiten hin gern compromittiren möchte. Bezeichnend hierfür ist es, daß das Regierungs-Organ, der „Dziennik Powszechny", bis jetzt noch kein Wort über den Erzbischof gebracht und dessen Ankunft nicht einmal angezeigt hat. — Durch die Worte: „Rettung unserer leidenden Brüder", hat der Erzbischof augenscheinlich zu verstehen geben wollen, daß den Verbannten eine Amnestie bevorsteht.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Weimar, 15. Febr. Nachm. Die Kammer hat die von dem Abgeordneten Fries beantragte Adresse einstimmig angenommen. Dieselbe spricht sich für Einführung einer deutschen Centralgewalt mit einem deutschen Parlament aus und berührt die hessische und schleswig-holsteinische Angelegenheit. Der großherzogliche Staatsminister hatte die nationale Politik der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Adreßentwurf in einer ausführlichen Rede entwickelt.

London, 16. Febr. Nach Berichten aus Newyork vom 2. d. würde Banks zum Marineminister ernannt werden. In Norfolk und Richmond herrschte in Folge der Expedition des General Burnside ein panischer Schrecken.

Brüssel, 16. Febr. Nach der „Independance" hat in Paris die Adreßcommission die Reihenfolge der Fragen über die äußere Politik festgestellt, darunter eine, die Kenntnißnahme der Vergleichsvorschläge fordert, wie sie die Regierung nach der Depesche Thouvenel's zur Versöhnung Roms mit Italien vorzulegen beabsichtigt hatte.

Von der polnischen Grenze, 16. Febr. Nach Berichten aus Warschau vom gestrigen Tage hat der amtliche „Dziennik" 143 Verurtheilungen publizirt für Betheiligung an den Unruhen vom Anfange des Kriegszustandes bis zum 27. Januar d. J.

London, 14. Februar 10 Uhr Abends. In der heutigen Sitzung des Oberhauses theilte Graf Russell auf eine Anfrage des Grafen Stanhope mit, daß der Regierung keine neuere officielle Mittheilungen über Versenkungen von Steinschiffen bei Charleston zugegangen seien. Die Regierung habe in Washington erklärt, daß sie eine permanente Zerstörung der südlichen Häfen nicht für gerechtfertigt erachtet, und habe die Bundesregierung erwidert, daß sie eine permamente Zerstörung nicht beabsichtige.

London, 14. Febr. 11 Uhr Abends. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantwortete Lord Palmerston die Anfrage des Herrn Forster dahin: daß die mit Belgien schwebenden Unterhandlungen über einen Handelsvertrag, England auf den Fuß der begünstigtsten Nation stellen würden. Die belgische Regierung lege die größte Bereitwilligkeit an den Tag, dem englischen Handel jede Rücksicht angedeihen zu lassen.

London, 15. Februar. Die Kronprinzessin von Preußen kam gestern um halb zwölf Uhr Mittags direkt zu Schiff in Osborne an. Am Landungsplatz ward sie von der Prinzessin Alice und dem Prinzen Arthur empfangen.

Kopenhagen, 14. Febr. Heute fand im Reichrath die Discussion über die Zulagebewilligung für das Ministerium des Auswärtigen statt. Heltzen hob die Wichtigkeit einer Anknüpfung diplomatischer Verbindungen mit China und Japan hervor. Blixen-Finecke fragte, warum keine Ausgabe für eine Gesandtschaft in Italien angesetzt wäre und ob der Minister des Auswärtigen die Darstellung der Gespräche mit dem englischen Gesandten, wie sie im Blaubuch des englischen Parlaments enthalten, als authentisch anerkenne.

Der Minister des Auswärtigen antwortete, daß in Italien über die Form der Repräsentationen im Norden noch Verhandlungen obschwebten, deren Resultat man erst abwarten müsse. Die Darstellung des englischen Gesandten sei genau, der Natur der Sache nach sei es aber unmöglich, ein vollständig getreues Bild der mündlich geführten Gespräche zu geben. Die Regierung verhandele durch die Vermittelung der Niederlande wegen eines Traktats mit Japan und hoffe, mit Hilfe Englands an einer erweiterten Handelsfreiheit in China betheiligt zu werden.

Zu Mitgliedern des Finanzausschusses wurden gewählt: Andrä, Hetzen, Tscherning, Ankjär, Skan, Tuxen, Friesenborg, Krieger, H. und A. Hager und Treschow.

Dessau, 15. Febr. Die Forderung der dessauer Regierung an die hiesige Creditanstalt wird am 20. d. M. executionsreif. Um Abpfändungen im Particular-Interesse zu vermeiden, ist die Anmeldung des Concurses seitens der Creditanstalt wahrscheinlich. (S. Nr. 79 d. Z.)

Frankfurt a. M., 15. Febr. Die Verhandlungen der Darmstädter Bank mit der Dessauer Credit-Anstalt wegen der anderweiten Deckung der Forderung von 560,000 Fl. sind als gescheitert und abgebrochen anzusehen. Die Forderung wird nunmehr gerichtlich beigetrieben werden.

Breslau, 14. Febr. Heute fand eine Sitzung des Verwaltungsrathes der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn zum Zwecke der Festsetzung der Dividende pro 1861 statt. Nachdem 120,000 Thlr. dem Erneuerungsfonds aus den Betriebseinnahmen zugewiesen worden sind, gestatten diese die Zahlung einer Dividende von 6 7/8 pCt., in welcher Höhe sie denn auch festgesetzt wurde.

Der Verwaltungsrath hat bei dieser Gelegenheit die schleunige Einberufung einer außerordentlichen General-Versammlung beschlossen, die ihre Genehmigung zum Bau einer Bahn von Waldenburg oder Freiburg über Liebau an die Landesgrenze ertheilen soll. Diese circa vier Meilen lange Bahn würde mittelst der Freiburger Bahn den Osten mit dem Westen und mit Süddeutschland über Prag und Pilsen in die direkteste Verbindung bringen. (B. u. H.-Z.)

□ **Löwen,** 12. Febr. [Nationalverein.] Auch in unserer kleinen Stadt hat sich ein Nationalverein gebildet, welcher direkt mit Coburg correspondirt, und das Generalsecretariat legt demselben eine so große Bedeutung bei, daß es einen besondern Agenten für Löwen und Umgegend in der Person des Schriftstellers H. Th. König ernannt hat. Die Mitgliederzahl beträgt für den Augenblick 28, (also schon mehr als in Brieg) und ist noch in raschem Steigen begriffen. Von entschiedener Wichtigkeit ist der Umstand, daß sich unter den Mitgliedern bereits drei größere Grundbesitzer und fünf Rustikalbesitzer befinden.

=ch= **Oppeln,** 16. Febr. [Eisversetzung.] Die großartige Eisversetzung in der Malapane bei Kollanowitz ist insbesondere durch die nur 20 Fuß weiten Felder der Kollanowitzer-Brücke herbeigeführt worden; die an derselben sich aufstauenden Eismassen zwangen binnen Kurzem das herankommende Wasser, sich über das niedrige rechte Ufer einen Ausweg zu suchen. Auf Anordnung des königl. Bau-Inspectors Sasse ist unter Anwendung von Kanonenschlägen mit der Aufeisung der Malapane und der Kollanowitzer-Brücke vorgegangen und in den Eismassen von der Brücke aus ein etwa 1 Ruthe breiter Kanal nach oberhalb geschlagen worden, damit bei dem zu erwartenden Eisgange die Eisversetzung kein Hinderniß bietet. Von wie wesentlichem Nutzen die Aufeisung begleitet ist, geht daraus hervor, daß, nachdem eine kurze Strecke des Kanals geschlagen war, das Wasser oberhalb bald darauf um 3 Fuß gefallen war.

Meteorologische Beobachtungen.

	Stationen.	Barometer bei 0 Gr. R. Par. Maß.	Luft-Temperatur. Reaumur.	Wind.	Allgemeiner Witterungs-Zustand.
Am 13. Febr. 8 Uhr Morg.	Wien	27 11,66	+0,2	WNW. 1.	Bedeckt.
	Paris	28 2,54	+1,9	OSO. 1.	Ziemlich bedeckt.
	Greenwich	28 1,21	+1,6	ONO. 1.	Bedeckt.
	Petersburg	28 0,06	—22,2	Windstill.	Bewölkt.
	Moskau	27 1,64	—11,0	NO. 4.	Bedeckt.
	Madrid	27 11,57	—3,1	N. 1.	Heiter.
Am 15. Febr. 8 U. Morg.	Berlin	27 10,55	—4,0	S. 2.	Heiter.
	Königsberg	28 3,65	—12,9	NO. 1.	Heiter.
	Breslau	27 11,57	—6,5	N. 0.	Heiter.
	Köln	28 1,78	+0,9	WNW. 1.	Bedeckt. Nebel.
	Frankfurt a. M.	27 11,13	+0,6	—	Trübe.

Breslauer Sternwarte.

15. Febr. 10 U. Abds.	27 10,14	—6,6	SO. 1.	Heiter.
16. Febr. 6 U. Morg.	27 9,25	—2,0	S. 1.	Trübe.
2 Uhr Nachm.	27 9,09	+0,6	W. 1.	Trübe.
16. Febr. 10 U. Abds.	27 9,54	—0,2	W. 1.	Trübe.
17. Febr. 6 U. Morg.	27 9,16	—0,6	S. 1.	Bedeckt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 15. Febr., Nachm. 3 Uhr. Börse geschäftslos. Die 3proz. begann zu 71, 20, hob sich auf 71, 25 und schloß in träger Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93 1/8 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 71, 15. 4 1/2proz. Rente 100, 80. 3prz. Spanier 47 3/4. 1proz. Spanier 43. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 507. Credit-mobilier-Aktien 772. Lombard. Eisenbahn-Aktien 550. Oesterreich. Credit-Aktien —.

London, 15. Febr., Nachm. 3 Uhr. Silber 61 3/8. Wetter ziemlich kalt. Consols 93. 1proz. Spanier 43 3/4. Mexikaner 35. Sardinier 79 1/2. 5proz. Russen 100 1/2. 4 1/2prz. Russen 92 1/2.

Wien, 15. Febr., Mitt. 12 Uhr 30 Min. Schwächere Haltung. 5proz. Metall. 70, 30. 4 1/2proz. Metall. 61, 50. Bank-Aktien 829. Nordbahn 216, 50. 1854er Loose —, —. National-Anleihe 84, —. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 280, —. Creditaktien 199, 60. London 138, 10. Hamburg 102, 80. Paris 54. 70. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 158, —. Lomb. Eisenbahn 273, —. Neue Loose 126, —. 1860er Loose 90, 75.

Frankfurt a. M., 15. Febr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Wiener niedrigere Notirungen gaben den Impuls zu weiterm Rückgange östr. Effekten. Schluß-Course: Ludwigsh.-Bexbach 130 7/8. Wiener Wechsel 85 5/8. Darmst. Bank-Aktien 200 1/4. Darmst. Zettelbank 249 1/2. 5proz. Metall. 50. 4 1/2proz. Metalliq. 43 5/8. 1854er Loose 62. Oesterreich. National-Anleihe 59 1/4. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 237. Oesterr. Bank-Antheile 695. Oesterr. Credit-Aktien 168 1/2. Neueste österr. Anleihe 65 3/4. Oest. Elisabetbahn 114. Rhein-Nahe-Bahn 25 5/8. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 116 7/8.

Hamburg, 15. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 M. Flaue Stimmung. Schluß-Course: National-Anleihe 59 1/2. Oesterr. Credit-Aktien 70 3/4. Vereinsbank 101 7/8. Norddeutsche Bank 94. Rheinische 90 3/4. Nordbahn 58 1/2. Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 15. Febr. [Getreidemarkt.] Weizen loco kleines Detailgeschäft, ab auswärts unverändert. Roggen loco etwas niedriger, ab Ostsee unverändert. Oel pr. Mai 27 1/2. pr. Okt. 26 3/8. Kaffee unverändert. Schwimmende Ladung Santos 4200 Sack zu 37 1/2 für Holland verkauft. Die Passage über die Elbe nach Harburg ist noch immer gestört.

Liverpool, 15. Februar. [Baumwolle.] 12,000 Ballen Umsatz. — Preise steigend.

Berlin, 15. Febr. Die Börse hatte sich heute von dem gestern erlittenen Echec noch nicht erholt, die Flauheit hielt im Gegentheil an, die Baisse machte zwar in der Coursbewegung durchschnittlich keine erheblichen Fortschritte, dagegen fehlte alle Kauflust und war das Geschäft selbst weniger umfassend als gestern. Die wiederum etwas matteren pariser Course, auch nicht günstige wiener Notirungen gestatteten keine Reprise, und wenngleich in einzelnen Momenten etwas mehr Festigkeit eintrat und Käufer sich wenigstens zu Geboten entschlossen, so hielt eine solche bessere Stimmung doch selten länger als für Minuten aus. Namentlich schwankten österreichische Effekten und auch Eisenbahnaktien zwischen flauer und festerer Haltung. Prioritäten und Pfandbriefe waren ebenfalls schwer zu lassen. Das Angebot war übrigens im Allgemeinen, keine Effektengattung ausgenommen, nicht eigentlich bedeutend, so daß eben jede, auch eine schwache, Regung der Kauflust, sofort Festigkeit veranlaßte. Der Geldmarkt blieb flüssig, Disconto 2 1/4 pCt. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 15. Februar 1862.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	101 3/4 bz.
Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4 1/2	102 1/8 bz.
dito 1853	4	100 1/4 bz.
dito 1859	5	108 1/4 B
Staats-Schuld-Sch.	3 1/2	90 5/8 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3 1/2	122 3/4 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4 1/2	102 1/4 B.
Pfandbriefe Kur- u. Neumärk.	3 1/2	93 bz.
dito dito	4	101 bz.
Pommersche	3 1/2	91 3/4 B.
dito neue	4	100 1/2 bz.
Posensche	4	103 1/4 G.
dito	3 1/2	98 bz.
dito neue	4	97 bz.
Schlesische	3 1/2	— — —
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	99 3/4 B.
Pommersche	4	99 3/4 B.
Posensche	4	98 1/4 bz.
Preussische	4	99 bz.
Westf. u. Rhein.	4	98 1/2 bz.
Sächsische	4	99 1/2 bz.
Schlesische	4	100 B.
Louisdor	—	109 3/4 G.
Goldkronen	—	9. 6 1/2 G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	50 3/4 B.
dito 54er Pr.-Anl.	4	66 G.
dito neue 100-fl.-L.	—	60 1/2 B.
dito Nat.-Anleihe	5	61 3/8 à 7/8 à 3/4 bz.
dito Bankn.n.Whr.	—	72 1/2 bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	98 1/2 bz.
dito 5. Anleihe	5	85 1/4 etw à 1/2 bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80 3/4 à 1/2 bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	85 B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92 1/2 bz.
dito à 300 Fl.	5	94 3/4 bz.
dito à 200 Fl.	—	23 1/2 G.
Poln. Banknoten	—	84 3/4 G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	56 G.
Baden 35 Fl.	—	32 B.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3 1/2	3 1/2	85 3/4 B.
Aach.-Mastricht.	—	4	24 bz.
Amst.-Rotterdam	5	4	— — —
Berg.-Märkische	5 1/2	4	103 1/4 à 104 1/4 bz.
Berlin-Anhalter	6 1/2	4	134 1/2 bz.
Berlin-Hamburg	6 1/2	4	116 3/4 B
Berl.-Potsd.-Mgd.	9	4	155 1/2 bz.
Berlin-Stettiner	6 1/2	4	125 bz.
Breslau-Freibrg.	5 1/2	4	118 3/4 B.
Cöln-Mindener	10 1/2	3 1/2	167 bz u G.
Franz.St.-Eisenb.	7 1/3	5	134 à 133 3/4 bz u.B.
Ludw.-Bexbach.	9	4	130 G.
Magd.-Halberst.	18 3/4	4	268 1/2 B.
Magd.-Wittenbrg.	2	4	43 à 44 bz.
Mainz-Ludw. A.	5 3/4	4	115 1/4 à 116 bz.
Mecklenburger	2 1/8	4	54 à 53 3/4 bz.
Münster-Hammer	4	4	98 1/2 G.
Neisse-Brieger	2 1/4	4	54 bz.
Niederschles.	4	4	98 3/4 bz.
N.-Schl.-Zweigb.	1/2	4	52 1/2 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	2 1/4	4	59 1/4 à 58 1/2 à 3/4 bz. G.
dito Prior.	—	4 1/2	102 G.
Oberschles. A.	7 7/8	3 1/2	136 1/2 à 136 bz.
Oberschles. B.	7 7/8	3 1/2	121 B.
dito C.	7 7/8	3 1/2	136 1/2 à 136 bz.
dito Prior A.	—	4	92 1/4 G.
dito Prior B.	—	3 1/2	87 1/4 B.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	95 bz.
dito Prior E.	—	3 1/2	85 3/4 bz.
dito Prior F.	—	4 1/2	101 G.
Oppeln-Tarnow.	3/8	4	37 B.
Prinz-W. (St.-V.)	2	4	56 B.
Rheinische	4 1/2	4	91 1/2 à 92 bz.
dito (St.) Pr.	—	4	98 3/4 G.
dito Prior	—	4	93 3/4 B.
dito III. Em.	—	4 1/2	98 B.
Rhein-Nahebahn	—	4	24 1/2 bz.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/2	3 1/2	86 G.
Starg.-Posener	3 1/2	3 1/2	91 G.
Thüringer	6 1/8	4	113 1/4 B.
Wilhelms-Bahn	—	4	40 1/8 bz.
dito Prior	—	4	89 1/4 B.
dito III. Em.	—	4 1/2	— — —
dito Prior St.	—	4 1/2	87 G.
dito dito	—	5	87 bz.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5	4	115 G.
Berl.-Hand.-Ges.	5 1/4	4	83 bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	78 5/8 bz.
Bremer „	5	4	103 1/4 B.
Coburg. Credit-A.	—	4	64 1/2 B.
Darmst. Zettel-B.	7 2/3	4	98 1/2 G.
Darmst.Credb.-A.	4	4	81 à 78 1/2 à 79 1/2 bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	7 1/2 à 7 à 7 1/4 bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	5 1/2	4	90 3/4 à 1/2 bz.
Genf. Creditb.-A.	2	4	41 1/2 à 1/4 bz.u.B.
Geraer Bank	4	4	77 3/4 bz.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	93 1/4 B.
„ Ver. „	4 1/3	4	102 B
Hannov. „	5 1/4	4	95 1/4 G.
Leipziger „	3	4	69 1/2 etw. bz.
Luxembrg. „	7 1/3	4	93 G.
Magd. Priv. „	3 2/3	4	89 bz u.G.
Mein.-Creditb.-A.	5	4	83 bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	25 1/2 bz u.G.
Oester. Crdtb.-A.	5	5	72 1/4 à 71 1/2 à 3/4 bz.
Pos. Prov.-Bank	5 4/15	4	94 1/2 B.
Preuss. B.-Anth.	5 1/4	4 1/2	122 1/4 bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	92 bz.
Thüringer Bank	2 1/2	4	53 B.
Weimar. Bank	4	4	78 B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	142 7/8 bz.
dito	2 M.	142 1/8 bz.
Hamburg	8. T.	151 1/4 bz.
dito	2 M.	150 3/4 bz.
London	3 M.	6. 21 1/4 bz.
Paris	2 M.	79 11/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	72 1/4 bz.
dito	2 M.	71 3/4 bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 G.
Leipzig	8 T.	99 5/8 G.
dito	2 M.	99 1/3 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg	3 W.	93 1/8 bz. 3 M. 92 1/8 b.
Warschau	8 T.	84 1/4 bz.
Bremen	8 T.	109 7/8 bz.

Berlin, 15. Febr. Weizen loco 65—81 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco leichter 52 1/2 Thlr., 80—81pfd. 53 Thlr. frei Haus bez., 81—82pfd. 52 3/4—53 Thlr. ab Bahn bez., Febr. 52 1/2—3/8—1/2 Thlr. bez., Febr.-März 51 3/8—1/4 Thlr. bez., Br. und Gld., Frühjahr 50 3/4—1/2—5/8 Thlr. bez. und Br., 1/3 Thlr. Gld., Mai-Juni 51—50 3/4 Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 51—50 3/4—51 Thlr. bez., Juli-August 51—50 3/4—51 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 36—39 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 22—25 Thlr., schlesischer 24 1/4 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Febr. 23 1/4 Thlr. Br., Febr.-März dito, Frühjahr 23 3/4 Thlr. Br., Mai-Juni 24 Thlr. bez., Juni-Juli 24 3/8 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 46—57 Thlr., Futterwaare 49 Thlr. pr. 25 Schfl. bez. — Rüböl loco 12 7/8 Thlr. bez., Febr., Febr.-März und März-April 12 5/6 Thlr. bez. und Br., 12 3/4 Thlr. Gld., April-Mai 12 11/12—5/6 Thlr. bez. und Gld., 7/8 Thlr. Br., Mai-Juni 12 7/8—5/6 Thlr. bez. und Gld., 12 7/8 Thlr. Br., Juni-Juli 13 Thlr. Br., 12 7/8 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 12 3/4 Thlr. Br. — Leinöl, loco 12 5/6 Thlr., Lieferung 12 1/6 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17 1/4 Thlr. bez., Febr. und Febr.-März 17 1/6 Thlr. bez., Br. und Gld., März-April 17 1/3—1/4—1/3 Thlr. bez. und Br., 1/4 Thlr. Gld., April-Mai 17 7/12—2/3—5/6 Thlr. bez. und Br., 7/12 Thlr Gld., Mai-Juni 17 3/4—5/6 Thlr. bez., 17 7/8 Thlr. Br., 3/4 Thlr. Gld., Juni-Juli 18 1/3—1/4—1/6 Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-August 18 7/12—1/2 Thlr. bez. und Br., 5/12 Thlr. Gld., Aug.-Septbr. 18 5/6 Thlr.

Breslau, 17. Febr. Wind: Süd-West. Wetter: milde Luft. Thermometer Früh 0° Kälte. Die Getreidezufuhren und Angebote waren heute im Allgemeinen stärker, als die Nachfrage, eine wesentliche Preisänderung ist jedoch nicht zu berichten.

Weizen zeigte sich schwächer gefragt als vorige Woche; pr. 85pfd. weißer 75—90 Sgr., gelber 75—89 Sgr. — Für Roggen fehlt es nicht an Kauflust zu unveränderten Preisen; pr. 84pfd. 55—59 Sgr., feinster 60—61 Sgr. — Gerste wenig Geschäft; pr. 70pfd. weiße 40—41 Sgr., helle 39 Sgr., gelbe 36—38 Sgr. — Hafer schwacher Umsatz; pr. 50pfd. schlesischer 23—27 Sgr. — Erbsen ohne Kauflust. — Wicken fehlen. — Bohnen ohne Offerten. — Oelsaaten nicht angeboten. — Schlaglein fester.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	75—85—90	Wicken	43—46—49
Gelber Weizen	75—83—89	Bohnen	58—64—70
Roggen	55—58—61		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Gerste	35—39—42	Schlagleinsaat	155—170—190
Hafer	22—24—27	Winterraps	200—215—230
Erbsen	45—55—62	Sommerrübsen	160—170—186

Von Kleesaat waren die Angebote minder umfangreich, die Kauflust jedoch nicht reger, rothe 7—9—11—12—13 Thlr., weiße 13—15—19 bis 21—23 Thlr.

Thymothee sehr matt, 7—8 1/2 Thlr. pr. Ctr. — Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 20—2 Sgr., pr. Metze —.

Theater-Repertoire.

Montag, den 17. Febr. (Gewöhnl. Preise.) **Zum Benefiz für Fräul. Leontine Gericke.** Neu einstud.: **„Der schwarze Domino."** Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Scribe von Freih. v. Lichtenstein. Musik von Auber. (Lord Elfort, Hr. Weiß. Graf Juliano, Hr. Rieger. Horatio von Massarena, Hr. Böhlken. Gil Perez, Oekonom des königlichen Damen-Stiftes, Hr. Prawit. Angela, Fräul. Gericke. Brigitte, Fräul. Flies. Claudia, Juliano's Wirthschafterin, Fräul. Weber. Ursula, eine Stiftsdame, Fräul. Olbrich 2c.)

Dinstag, den 18. Febr. (Kleine Preise.) Zum vierten Male: **„Gute Nacht, Hänschen, oder: Alles wird arretirt."** Lustspiel in 5 Akten von Arthur Müller.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.